

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7676.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montagen.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepostete Kolonne
 sechs oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 9. Juli 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Das Wahlbild des 16. Juni

Ist uns von der einzigen Stelle, die es zu entwerfen im Stande ist: vom Statistischen Bureau des Reichstages, noch immer nicht vorgelegt worden. Und nach den Erfahrungen früherer Wahlen zu urtheilen, wird es auch noch geraume Zeit dauern, ehe die amtliche Statistik der Juniwahl dieses Jahres vollendet vorliegt. Die deutsche Statistik zeichnet sich überhaupt nicht durch Schnelligkeit aus, wo es aber gilt, Thatsachen festzustellen, deren Feststellung den Reichsbehörden aus dem einen oder andern Grund unangenehm ist, da pflegt der gewohnte Schneefang sich noch zu verlangsamen. Nach der Wahl des Jahres 1893 dauerte es bekanntlich mehrere Monate lang, ehe die Reichsstatistik sich entschließen konnte, durch Veröffentlichung der gesammten Stimmzählungen die fatale Thatsache zu enthüllen, daß die Parteien, welche der militärischen Politik der Regierung entgegenzutreten, über eine Million Stimmen mehr hatten, als die Parteien, welche die Regierungspolitik der militärischen Schraube ohne Ende durch Duld und Dumm unterstützen.

Da nun das Ergebnis des 16. Juni 1898 für die Reichsregierung noch weit ungünstiger und beschämender ist, als das Ergebnis des 15. Juni 1893, so werden wir uns wohl mit deutscher Geduld der Kunst des Wartens befleißigen müssen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei hier erwähnt, daß das Statistische Bureau des Reichstages betreffs der Information von den Einzelregierungen abhängig ist und für die Verzögerungen dieser nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Die dem nun sei, unter solchen Umständen ist es sehr zu begrüßen, daß Professor Sidmann, ein erfahrener Statistiker, nach dem jetzt schon zugänglichen Material, ähnlich wie wir selbst für die Sozialdemokratie, das Stärkeverhältnis aller Parteien bei der letzten Wahl im Ueberschlag berechnet hat. Die Ziffern können natürlich nicht ganz genau sein — das vorhandene Material reicht aber hin, die Zahl annähernd genau zu bestimmen. Wir haben die Sidmann'schen Ziffern bereits in unserer Mittwochs-Nummer veröffentlicht und kurz besprochen. Seitdem haben sie namentlich in der Zentrums-, der konservativen und der nationalliberalen Presse lebhafteste Kommentare veranlaßt. Freilich Kommentare verschiedener Art — bei den Nationalliberalen freudig, bei den anderen betrübt und kleinlaut. Ist den Nationalliberalen, die zerschmettert und zerknirscht ihren Kagenjammer ausschütten, doch die unverhoffte Triumph-Vorhofft geworden, daß sie am 16. Juni 1898 163 000 Stimmen mehr hatten, als im Jahre 1893. Bei aufmerksamer Betrachtung allerdings muß der Jubel sich in gesteigertes Weh verwandeln, denn die Zunahme ist nur eine scheinbare — sie besteht in konservativen und reichsparteilichen Stimmen, die an nationalliberale Kandidaten gegeben wurden, weil diese sich agrarischer und reaktionärer geberdeten als die konservativen und reichsparteilichen Kandidaten mit offenem Visir. In jenen 163 000 Stimmen findet sich sonach ein Theil — etwa 1/3 — der Stimmen, die den zwei konservativen Fraktionen verloren gegangen sind, und in Wirklichkeit bilden sie ein Monument nationalliberalen Prinzipienbetrübs — ein Denkmal der Schande.

Sehr unzufrieden mit den Ziffern Sidmann's sind die Konservativen und das Zentrum, und beide mit Grund — haben jene doch 356 000 und dieses 185 000 Stimmen seit 1893 verloren. Das sind lehrreiche und durchaus nicht überraschende Ziffern.

Wenn die „Kreuz-Zeitung“ zur Beschönigung des Rückganges ihrer konservativen Reaktions- und Regierungsparteien geltend macht, die Konservativen und Reichsparteiler hätten keine Zahlkandidaturen aufgestellt, wie die Sozialdemokraten und Antisemiten, so ist das ungefähr ebenso einseitig wie alles andere, was die „Kreuz-Zeitung“ bisher über das ihr so mißfällige Wahlergebnis gesagt hat. Zahlkandidaturen hin, Zahlkandidaturen her — die zwei konservativen Fraktionen haben bei der diesjährigen Wahl dieselbe Praxis befolgt, wie bei den früheren Wahlen und — sie haben diesmal über eine Drittel Million — 356 000 — Stimmen weniger, bei zusammen 1 468 000 Stimmen, erholten als früher — was einem Rückgang von beinahe 21 pCt., das heißt um beinahe ein Viertel gleichkommt. Wünscht die „Kreuz-Zeitung“, daß der „Rückgang“ sich noch deutlicher und kräftiger bekunde? Nun — dem Bedürfnis kann abgeholfen werden.

Nach den Gründen des Rückganges der Konservativen braucht niemand lange zu suchen, der die unheilvolle Rolle vor Augen hat, welche das Junkerthum, die kleine aber mächtige Partei seit Menschenaltern, und besonders in den letzten zwanzig Jahren gespielt hat. Großformwucher, Liebesgaben, Veder-Vogel-Tausch-Standale, Deutepolitik, Anebelpolitik, Vorenwundelei und Fängererei, Handwerkerbelämmerung, Bosphatmehl-Praktiken — glauben die Herren Junker etwa, daß das deutsche Volk eine Herde von Schafen ist, die es für ihre „Bestimmung“ — Verzeihung: für das Gebot „christlicher Weltordnung“ hält, sich von den Herren Junkern fädeln, in den Pfertch sperren und schließlich aufspeisen zu lassen?

Die Wahlziffern belehren die Herren Junker ihres Irrthums. Und nun zu dem Zentrum. Daß es zurückgegangen, daß der Thurm zwar nicht abgestürzt, nicht zerfallen ist, wie

dieser und jener gehofft, aber daß er mit seinem Fundamente sich in den Erdboden gesenkt hat, also nicht auf Granitboden steht, sondern auf loderem Erdreich, das allmählig den auf ihm stehenden Bau verschlingen muß — das wird durch die Ziffern der diesjährigen Wahl zur unumstößlichen Gewißheit erhoben. Die „Kölnische Volkszeitung“ meint zwar, Prof. Sidmann habe sich offenbar zum Nachtheile des Zentrums verrechnet, das ist jedoch eine ganz willkürliche Annahme. Wohl sind keine Irrthümer in Sidmann's Berechnungen zweifellos vorhanden, allein Berechnungen um Hunderttausende sind bei einem erfahrenen Statistiker, wie Professor Sidmann es ist, einfach undenkbar. Und wozu in die Ferne schweifen — die Wahrheit liegt so nah! rufen wir der „Kölnischen Volkszeitung“ zu und bitten sie, ihren eigenen Leit- und Leitartikel vom 3. Juli („Katholizismus und Sozialdemokratie in Hessen“) sich anzusehen und bloß den Schluß des ersten Absatzes genau zu lesen, welcher Schluß also lautet:

„Heute ist ein großer Theil unserer katholischen Landbevölkerung (in Hessen) der Sozialdemokratie verfallen, und wir fragen uns, warum die katholischen Ideen bei uns nicht vermocht haben, die eindringende Sozialdemokratie innerlich zu überwinden, wie dies in vielen anderen Orten der Fall war.“

Die „vielen Orte“ kennen wir nicht. Wir kennen nicht einmal einen einzigen Ort, wo die Sozialdemokratie von dem Katholizismus „innerlich“ wäre überwunden worden. Und doch handelt es sich hier nicht. Jedenfalls hat die „Kölnische Volkszeitung“ in der von ihr selbst für Hessen festgestellten Thatsache die Antwort auf ihre Frage, ob die Sidmann'schen Ziffern überhaupt richtig sein könnten. Was von Hessen gilt, gilt auch von anderen Theilen Deutschlands. Und das Zurückweichen des Zentrums-Einflusses vor der Sozialdemokratie ist nicht bloß auf dem Lande zu bemerken, sondern auch — und zwar noch in höherem Maße, in den Städten. In Köln selbst, vor der eigenen Thür, hätte die „Kölnische Volkszeitung“ diese Erfahrung machen können. Oder glaubt sie, der gewaltige Stimmenzuwachs, den der 16. Juni uns in Köln gebracht, sei auf nicht-katholische Stimmen zurückzuführen? Die Festigkeit des Zentrums besteht darin, daß seine Wähler in dichten, von den Kaplänen beherrschten Klumpen zusammengedrängt sind und fest abgegrenzte Reviere bilden, in die schwer einzudringen ist. Mit der Festigkeit hört es auf, sobald der Sozialismus Gelegenheit hat, sich den katholischen Wählern leiblich und geistig, und in seiner richtigen Gestalt vorzustellen, so daß es den Leuten möglich wird, die Wahrheit mit der Kaplans-Dichtung zu vergleichen und die Unwahrscheinlichkeit der letzteren zu erkennen.

Der diesjährige Rückgang des Zentrums — von 1 468 000 auf 1 333 000 — ist der Anfang — die nächste Wahl wird den Zentrumsherren voranschicklich noch schönere Ueberraisungen bringen — namentlich wenn der Lieber'sche Stimmvieh-Schacher die Billigung des Zentrums findet und der Lieber'sche Blotten-Schacher vom Zentrum weiter fortgesetzt wird.

Zum Schluß sei noch hervorgehoben, daß die allgemeine Wahlbetheiligung am 16. Juni 1898 geringer war als am 15. Juni 1893. Obgleich die Zahl der Wähler an jenem Tage 11 200 000 betrug gegen 10 630 000 im Jahre 1893, so stimmten doch 100 000 Wähler weniger: 7 000 000 gegen 7 700 000.

Um so wichtiger fällt der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie ins Gewicht, die einen Stimmenzuwachs von einer Drittel Million aufzuweisen hat, während die „bürgerlichen Parteien“ eine Abnahme von einer halben Million zu verzeichnen haben.

Daß unsere 2 125 000 Stimmen unter 7 600 000 abgegebenen Stimmen mehr als ein Viertel der aktiven Wählerschaft ausmachen und mehr als ein Viertel des deutschen Volkes vertreten — das zu begreifen, reichen die arithmetischen Kenntnisse des ersten besten Dorfsingen aus — wenn auch nicht die der „Kreuz-Zeitung“ und der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Juli.

Etwas für Herrn v. Podbielski. Aus Zürich wird uns geschrieben: Während der deutsche Staatssekretär v. Podbielski in traditioneller Verbormundung der Beamten, obschon er selbst doch auch nichts anderes als ein Angestellter des Staates ist, seinen Was gegen die Verührung seiner „Untergebenen“ mit der Sozialdemokratie erliehe, wählte der neugegründete „Generalverband eidgenössischer Beamten und Angestellten“, dem die Post-, Telegraphen- und Polizeibeamten als Mitglieder angehören, den sozialdemokratischen Nationalrath (das ist soviel als ein Reichstags-Abgeordneter in Deutschland) Wulschleger in Basel zu seinem Generalsekretär! Und die Schweiz ist dennoch nicht „umgestürzt“, steht also offenbar fester, als das mächtige große Deutsche Reich, das das ganze Jahr vor dem „sozialdemokratischen Umsturz“ zittert. Der neue Verband bezweckt die Wahrung der gemeinsamen Berufsinteressen und die gegenseitige Solidarität. Das neue, in deutscher und französischer Sprache erscheinende, für die Mitglieder obligatorische Verbandsorgan nennt sich „Union“ und wird in Zürich herausgegeben. —

Der Kagenjammer der Bündler. Zuerst suchten die bündlerischen Blätter den für sie ungünstigen Wahlausgang unzufälligen. Allmählig können sie sich der Stimmung nicht länger erwehren, die eine Enttäuschung, wie sie ihnen zu theil wurde, mit sich bringen muß. Darum verlegen sie sich jetzt auf ein wüdes Geschimpfe gegen alle ihre Gegner, besonders gegen die Sozialdemokratie. Da sie im freien Meinungskampf unterlagen, fordern sie nun wieder die gewaltthätige Begrenzung aller ihnen unangenehmen Kritik.

So ruft jetzt das offizielle Organ des Bundes der Landwirthe, das auch „Vund der Landwirthe“ heißt, zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Und zwar soll dieser „Kampf“ gegen alle möglichen „Aufhebungen“ durch die Presse und sonst gerichtet werden, soll auch die „Aufhebung“ gegen die Großgrundbesitzer treffen und die Freisinnigen sollen ebenfalls mit den Sozialdemokraten vor das Messer kommen. Hören wir das Bundesblatt, welches an die 180 000 Mitglieder des Bundes verspricht wird, selbst. Im Anschluß an eine beifällige Besprechung des Podbielski'schen Erlasses an die Postbeamten wird gesagt:

„Es genügt nicht, daß man nur die wenigen Hunderttausende von Arbeitern und Beamten in den Staatsbetrieben vor der Verhängung sozialdemokratischer Gesinnung“ unter Androhung der Entlassung warnt und daß man auf diese Weise die Weiterverbreitung der Umsturzbestrebungen in diesen eng begrenzten Kreisen zu verhindern sucht. Dieser Kampf gegen die Umsturzgefahr bedeutet ebensowohl nur eine halbe Maßregel, als wenn man z. B. die Vorsichtsmaßregeln gegen die Ausbreitung der Viehseuchen auf die Staatsdomänen beschränkt, der Verlesung des übrigen Landes aber freien Spielraum lassen wollte. Es ist dringend notwendig, einmal zu verhindern, daß der Sozialdemokratie fortwährend neue, lehrbegierige Rekruten zugeführt werden, und daß auf der andern Seite die Aufhebung des Volkes gegen Staats- und Gesellschaftsordnung mit dem elendesten Lug und Trug ungestört und ungestraft öffentlich betrieben werden darf. Neue, willige Rekruten für die Umsturzarmee bilden die zahlreichen Arbeiter, welche durch säuschende Versprechungen und den trügerischen Glanz der Groß- und Industriestädte oft weit über den vorhandenen Bedarf an Arbeitskräften hinaus dorthin gelockt werden, unter gleichzeitiger schwerer Schädigung des platten Landes, wo so oft die nöthigsten Hände zum Bergen der Ernte fehlen.“

Den Landarbeitern soll also wohl die Abwanderung in die Städte einfach verboten werden! Doch es kommt noch besser. Das famose Bündlerorgan erzählt uns auch, was es unter dem „elendesten Lug und Trug“ eigentlich versteht, der da ungestört und ungestraft betrieben werden darf. Ausbreitung des Volkes durch die Großgrundbesitzer, Vertheuerung jedes Bissens Brod oder Fleisch durch die Zölle zu gunsten einiger tausend Großgrundbesitzer, die Liebesgabe von 40 Millionen Mark an die Bremereibesitzer, das sind die „nichtswürdigen und staatsgefährlichen Aufsehereien“, wie das genannte Blatt sich ausdrückt, welche unmöglich gemacht werden sollen. Es soll also nach dem Bündlerblatt nur noch erlaubt bleiben, die Herren Agriarier als Muster der Bescheidenheit, als arme, brave Durschen hinzustellen, die sich in Schweiß ihres Antlitzes für das Wohl des Volkes abquälen.

Alles andere ist „Lug und Trug“ und wer dergleichen doch sagt, dem muß der Mund gestopft werden. Also soll es nicht nur mit der Sozialdemokratie geschehen, nein auch mit dem Freisinn, denn — so fährt das Bündlerorgan fort:

An der Verbreitung dieser Lügen sind beinahe ausschließlich die sozialdemokratischen, sondern fast noch mehr die freisinnigen Judenblätter theilhaftig, und das macht die ganze Sache um so gefährlicher. Was von der Umsturzpresse vorgebracht wird, das nimmt unser Volk in seinen unverbundenen Schichten von vornherein mit Mißtrauen auf, wenn dieselben Lügen aber auch durch solche Blätter oder Redner verbreitet werden, die sich selbst doch immer noch zu den staatserkhaltenden Parteien rechnen, dann wirken sie um vieles gefährlicher. Hier muß die bessere Hand angelegt, hier muß der Umsturzarbeit entgegengetreten werden mit aller Entschiedenheit, sonst treiben wir mit unheimlicher Schnelligkeit dem Umsturz unserer ganzen Staats- und Gesellschaftsordnung, der Zerstörung von Thron und Altar, von Vaterland und Familie zu.“

Das ist deutlich! Warum sagt man nicht gerade heraus, daß auf Grund eines besonderen Gesetzes jedes Polemik gegen den Bund der Landwirthe als „Umsturzbestrebung“ kriminell verfolgt werden soll! Vielleicht könnte man die Redakteure, die sich dergleichen zu schulden kommen lassen, sämmtlich des Landes verweisen oder an irgend einem lieblichen Ort Hinterpommerns interniren.

Wenn solche Forderungen von einem Verein gestellt werden, der von allen „Ordnungsparteien“ wohl, wie die „staatserkhaltenden Parteien“ sich auszudrücken belieben, das Höchste an „demagogischer Verheerung breiter Klassen des Volkes“ geleistet hat, so muß man sich denn doch wundern über eine derartige Annahme, die beansprucht, selber alles thun zu dürfen, aber dem politischen Gegner die geringste Bewegung durch Polizei und Gerichte unmöglich machen will. Sogar die Kritik der Spiritussteuer-Gesetzgebung soll unmöglich gemacht werden unter dem Vorgeben, daß man der „Umsturzarbeit entgegenzutreten“ muß! Das ist die Auffassung von politischer Freiheit, wie sie die Herren von Bismarck und Biederich Hahn vertreten, die doch für diese Auslassung ihres offiziellen Organs verantwortlich gemacht werden müssen: Gehfreiheit für sich — die Aunte für ihre Gegner.

Wir wollen jedoch die würdigen Auslassungen der Bündler nicht tragisch nehmen. Sie sind in den Hoffnungen, die sie auf die Reichstagswahl gesetzt hatten, allzusehr enttäuscht worden. Und im Kagenjammer treiben sie nun allerlei Mollia! —

Deutsches Reich.

Die Infiltration der politischen Gesinnung des Beamten. wird fleißig fortbetrieben. Die „Dresd. Ztg.“ ist in der Lage, folgende Mitteilungen zu machen:

In nächster Zeit werden auf dienstlichem Wege die Beamten der königlichen sächsischen Staatsbehörden aufgefordert werden, anzugeben, welchen Vereinen sie zur Zeit angehören. Die von den Oberbehörden gewünschten Angaben erstrecken sich nicht nur auf politische Vereine, sondern auf Vereine jeglicher Gestalt, selbst harmlose Regel- und Gesangsvereine sollen nicht ausgeschlossen sein. Ein besonderes Gewicht werden die Oberbehörden auf die Mitgliedschaft bei politischen Vereinen legen. Die Kontrolle der Oberbehörden den Vereinen selbst gegenüber ist insofern ziemlich leicht, als auch diese Vereine selbst aufgeführt werden sollen, ihre Mitgliederlisten einzureichen. Von verschiedenen Maßregeln gegen Eisenbahn-Beamte und Eisenbahn-Arbeiter, wovon verschiedene Zeitungen zu berichten wußten, verlautet nichts, sondern das hier angeordnete erstreckt sich auf die Beamten aller sächsischen Staatsbehörden. Es ist kein Zweifel, daß die Regierung genau unterrichtet sein will, ob einzelne ihrer Beamten auch sozialdemokratischen Vereinen angehören und daß gegen diese Maßregeln ergriffen werden sollen. Auch an die im Staatsbetriebe befindlichen Arbeiter dürften die gleichen Anfragen gerichtet werden.

Wenn es sich wirklich nur darum handelte, Beamte, welche sozialdemokratischen Vereinen angehören, auffindig zu machen, so hätten die Behörden sich überhaupt in keiner Weise bemühen brauchen. Denn Beamte gehören sozialdemokratischen Vereinen nicht an, weil sie wissen, daß die Zugehörigkeit zu solchen Vereinen bei der heutigen Unduldsamkeit der Behörden unangängig ist.

Es muß sich also um ein anderes handeln. Nicht nur die Sozialdemokratie, sondern jedwede selbständige Organisation der Beamten und der staatlichen Arbeiter ist der thörichten Engherzigkeit der Behörden zuwider. Man hofft schon durch das bloße Nachspüren die unteren Beamten und Arbeiter einzuschüchtern und von der Zugehörigkeit zu Vereinen, die nicht durchaus unter der Fuchtel der Vorgesetzten stehen, abzuwehren.

Man veruche es nur mit diesen Wohlthaten, die Unterbeamten zur Treue und Anhänglichkeit an die Vorgesetzten zu erziehen. Es wird sich ja zeigen, wie weit man damit kommt; Uns dünkt, daß schon der jetzige Versuch, dem unteren Beamten bis in seinen Regellub und Gesangsverein nachzuspüren in den betroffenen Kreisen Anstoß erregen muß. Werden erst die Konsequenzen dieser Espionage gezogen, wird man erst mit dem besamten Drud die Beamtenhaft zum Austritt aus diesen oder jenen Vereinigungen zwingen, so wird man dadurch vielleicht einige äußerliche Erfolge erzielen, aber im übrigen die Kluft zwischen der höheren und der niederen Beamtenhaft nur steigern.

Die bisherige Verfehlung der Sozialdemokratie unter den Beamten hat nicht verhindert, daß die „Staatsbehörden“ zu ihrem Selbstwehren erklären mußten, ansehnliche Kreise derselben seien sozialdemokratisch und hätten zweifelsohne sozialdemokratisch gewählt. Will man nun die Abkennung der politischen Denkfreiheit der Unterbeamten in noch härterer Weise betreiben, so wird man auch davon sehr wenig erwünschte Folgen erleben. —

Die Reichsfinanzreform des Herrn v. Miquel wird, so meint der Berliner Korrespondent der „Frankf. Ztg.“, dem neuen Reichstag wieder unterbreitet werden: „Es ist kaum zu zweifeln, daß Herr v. Miquel verjüngt wird, den oft gezeichneten Plan: feste Abgrenzung der Patrimonialbeiträge und der Nebenleistungen und in Folge dessen Verweisung neuer Ausgaben auf neu zu bewilligende Steuererhöhungen zu verwirklichen. Er spekuliert wahrscheinlich auf die Nachgiebigkeit des Zentrums, weil dieses sich auf anderen Gebieten im letzten Jahre nachgiebig erwiesen hat. Das wird voraussichtlich eine der Hauptaufgaben der nächsten Session bilden.“ —

Die armen „Kathedersozialisten“. Die „Grenzboten“ haben es entdekt: Die Kathedersozialisten sind schuld daran, daß die „nationale Sammelpolitik“ bei den Wahlen nicht erfolgreich geworden ist. Ja, die Kathedersozialisten sind schuld an der Zunahme der Sozialdemokratie. Als ganz fürchterliche Leute müssen die Kathedersozialisten erscheinen, wenn man folgendes Urtheil der genannten Wochenchrift über sie vernimmt, das der Stumm'schen „Post“ außerordentlich gefällt:

„Sommer sind in der Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen fast jeden gebildeten Mann, der nicht durch die staatswissenschaftliche Modelkrankheit blind gemacht ist, die Wirkungen der Kathedersozialistischen Bemühungen zu erkennen, die die sozialdemokratische Politik als den Arbeitern heilsam darzustellen suchen. Allein die Kathedersozialistische und freisinnige Lehre von der Manufaktur der Sozialdemokratie mußte tausende von Arbeitern dieser in die Arme treiben. Es ist erstaunlich, daß die Wirkung dieser Lehre bei den Wahlen noch so wenig hervorgetreten ist. Zu verlangen ist deshalb unmöglich von den Kathedersozialisten, deren Unvernünftigkeit damit in keiner Weise bezweifelt werden soll, eine größere Zurückhaltung und Bescheidenheit in den Fragen der praktischen Sozialpolitik. Es muß als eine unverantwortliche Leichtfertigkeit bezeichnet werden, wenn Anhänger dieser Schule seit Jahren den Kaiser und seine verantwortlichen Rathgeber deshalb vor der großen Masse eines antizipalen und arbeitereindlichen Gesinnungswechsels bezichtigen, weil der Staat nicht alle in der Studienstube theorie geborenen Sozialreformen ohne weiteres geschlechtlich verwirklicht hat. Der wissenschaftlichen Arbeit dieser Schule ist dadurch ein agitatorischer, ja theilweise ein demagogischer Charakter verliehen worden, der die Würde der Staatswissenschaft untergräbt und die Verführung der von der Sozialdemokratie erfassen Arbeitermassen mit dem Staat thatsächlich unmöglich zu machen droht.“

Die harnlosen Professoren Wagner, Schmoller u. Komp. werden mit Stämmen vernichten, welche bedeutsame Rolle sie im politischen Leben spielen sollen. So hoch haben sich die Herren selbst nicht eingeschätzt. —

Der Kampf mit den Waffen der Lüge und Verleumdung wird von der Bismarckschen Presse gegen uns zwar stets so unvertrocken geführt, daß die gewöhnlichen Leistungen kaum Beachtung finden können. Nur bei Verübung ganz besonderer Missethaten verlobt es sich, so ein Dravourtschaden dieser zu hängen. Dazu ist jetzt Gelegenheit vorhanden. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bringen folgendes zu schreiben fertig:

Die Folgen sozialdemokratischer Verhetzung haben sich in den Exzessen Arwallen und den von sozialdemokratischen Molodjes angezeigten Aufläufen und Exzessen während der Wahlzeit recht deutlich erkennen lassen für jene gezeigt, die noch immer die thörichte Redensart von der „Manufaktur der Partei“ zur Herstellung billiger journalistischer Schangetriebe benutzen. Bedauerlich ist nur, daß die eigentlichen Anstifter aller jener Skandale strafflos bleiben und sich das Vergnügen machen, die von ihnen in das Verderben Hineingehenden als Opfer ihrer „Gesetzesunkenntheit“ und der „Klassenjustiz“ hinzustellen.

Man muß sich daran erinnern, daß während der ganzen Dauer der Gerichtsverhandlungen in Erfurt auch nicht ein einziges Mal ein politischer Vorwurf gestreift oder gar der Name der Sozialdemokratie angeprochen wurde. Je weiter die Gerichtstragödie sich zuspizte, je mehr trat zu tage, was von Anfang an nicht bezweifelt werden konnte, nämlich, daß einzig der lokale Rhythmus über die Volkzeit jene

bedauerlichen Auftritte herbeigeführt hat. Macht aber alles nichts, der Jude wird verbrannt und die Sozialdemokratie wird verkleumet. So will es das Kriegsprogramm jener Leute, die mit ehrliehen Waffen zu kämpfen längst bereit sind. —

Zentrum und Sozialdemokratie. Die Zentrumblätter prählten über die Rasen, daß in den Wahlkreisen, welche ihre Partei inne habe, die Sozialdemokratie nicht auszurichten vermöge. Wir haben uns allerdings niemals verhehlt, daß der Kampf in den Hochburgen des Zentrums für uns gar kein leichter ist; die Gründe dafür brauchen wir in diesem Augenblick nicht zu erörtern. Aber uns scheint, das Zentrum hat kaum Anlaß, sich gar zu sicher auf seinem hohen Rasse zu fühlen. Es dürfte z. B. all zu optimistisch sein, wenn die „Köln. Volkszeitung“ sich einbildet, in Oberdeutschland könnte die Öffnung der Grenzen für russischen Einwanderung den Sozialismus wieder „ausstreuen“. Wenn die Frage der Grenzsperrung für die politische Meinungsbildung der oberdeutschen Arbeiter maßgebend gewesen wäre, so wären dieselben doch wohl beim Zentrum verblieben.

Aber auch hinsichtlich der gewiß festen Positionen, die das Zentrum im Rheinland hat, sollte es sich vor Ruhmredigkeiten hüten. Wir wollen z. B. auf die Parteientwidelung im Wahlkreise Düsseldorf, einer alten Zentrumsburg, hinweisen. Auch dort haben wir bei der letzten Wahl „nichts ausgerichtet“, aber man siehe folgende Ziffern an:

	Zentrum	Sozialdemokratie
1887	16 490	2 068
1890	12 476	7 573
Stichwahl	16 511	8 228
1893	15 214	9 367
Stichwahl	17 017	9 123
1898	17 874	10 712

Während also das Zentrum von 1887—1898 um ganze 1394 Männlein in dem vom Katholizismus beherrschten Wahlkreise Düsseldorf zugenommen hat, ist in der gleichen Zeit ein sozialistischer Zuwachs von 7790 Männlein zu verzeichnen! Und dabei hatten wir 1893 noch „demokratische“ Hilfe, die uns jetzt verfehlt wurde. Technisch Dinge lassen sich noch aus manchen anderen Zentrums-Wahlkreisen berichten. Also nur ein wenig bescheiden, Ihr Herren vom Zentrum!

Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß die „Köln. Volks-Ztg.“ auch das alberne Wahlmährchen vom „Vebel'schen Rosenkranz“, das wir schon vor mehreren Tagen als solches charakterisirt hatten, ruhig weiter als baare Münze seinen Lesern zuträgt. —

Die „Freisinnige Zeitung“ behauptet, ein Plan behufs Verdrängung der politischen Abgeordneten aus dem Abgeordnetenhaus sei zwischen dem Freisinn und den Konservativen nicht vereinbart worden. Die „Freisinnige Zeitung“ hat aber gar keinen Anlaß, die uns gewordene Mitteilung als so sehr außer aller Wahrscheinlichkeit hinzustellen. Wir erinnern nur daran, wie im vorigen Jahre bereits die freisinnigen Wahlmänner im Wahlkreise Schwyz es gewesen sind, die den polnischen Kandidaten das Mandat nahmen und dem freisinnigen Redig.-Genossen und Redig.-Schwärmer zum Siege verhelfen. Da war auch kein „offizielles Bündniß“ geschlossen worden und doch war der Erfolg offensichtlich. Wenn sich nur in wenigen polnischen Wahlkreisen die freisinnigen ähnlich verhalten wie damals im Kreise Schwyz, so genügt das vollständig für die Konservativen zur Mehrheitsbildung im Abgeordnetenhaus. Das ist den Konservativen sicher werthvoll genug, um dem armen Freisinn auch ein paar Sitze zu gönnen. Natürlich alles ohne „Bündniß“ zwischen Herrn Richter und den Herren v. Kumburg, Strum und Redig.-Neutrich! Wir erinnern ferner an die unwiderlegt gebliebenen Gerüchte, daß der Oberdeutsche der freisinnigen „Sofener Ztg.“ Herr Hermann Wagner, wegen seiner „zu gerechten“ Behandlung der polnischen Frage aus seiner Stellung verdrängt worden ist. Das alles sind bemerkenswerthe Symptome für die Sucht des Freisinn, den Anstoß nach rechts zu machen. —

Revision des Urheberrechts. Wie verlautet, beschäftigt die Reichsregierung, dem neuen Reichstage schon in diesem Herbst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der sich mit einer Revision des Urheberrechts (Reichsgesetz vom 11. Juni 1870 etc.) befaßt. Der erste Entwurf zu dieser Vorlage ist bereits im Reichs-Juristenausschusse bearbeitet worden und dürfte in kurzer Frist einigen literarischen und anderen Sachverständigen vorgelegt werden. Nach dem „Hamb. Korresp.“ ist anzunehmen, daß vorzüglich § 7, der von dem erlauteten Nachdruck handelt, bei der Revision in Frage steht. —

Der diesjährige Deutsche Juristentag wird in der Zeit vom 12. bis 14. September in Posen stattfinden. Aus der in Aussicht genommenen Tagesordnung erscheint folgendes mittheilendswert: 1. Empfiehlt es sich, zum Schutze der Bauhandwerker die Ertheilung der Bauezulassung an den Unternehmer von einer durch diesen zu bestellenden Sicherheit abhängig zu machen? Referent: Professor Dr. Brummer, Berlin und Geheimrath Justizrath Wille, Berlin. 2. Welche Stellung ist in dem zu erwartenden Versicherungsgeetze den Versicherungs-Gesellschaften auf Gegenseitigkeit zu gewähren? 3. Empfiehlt sich die Einführung eines Heimstättenrechts, insbesondere zum Schutze des kleinen Grundbesitzes? Referent: Referent: Regierungsrath Alfred Reyer, Bromberg. 4. Die Behandlung des dolus eventualis im Strafrecht, beziehungsweise im Strafprozeß. Referent: Reichsgerichtsrath Oskarsch, Leipzig. 5. Empfiehlt sich der Versuch der Deportation nach Kolonien als Strafe? und: Empfiehlt sich der Vorschlag bedingter Vergnügung für den Fall der Auswanderung? Referent: Professor Dr. Felix v. Stransky und Rechtsanwalt Dr. Korn, Berlin. 6. Soll zur Verjährung der Straferfolgung der bloße Ablauf einer gesetzlich bestimmten Zeit seit Verübung der Straftat genügen, oder soll diese Verjährung auch noch an andere Bedingungen geknüpft werden. Referent: Ober-Reichsanwalt Hamm, Leipzig.

Aus einem Kriegervereine. Aus Schneidmühl wird berichtet: Die Generalversammlung des Kriegervereins hob den Wunsch des Vorstandes, den Vizepräsidenten Herrmann wegen seines Eintretens für die Wahl des der freisinnigen Vereinigung angehörenden Lützow'schuldirektors Ernst aus dem Verein auszuschließen, auf, worauf der Vorstand sein Amt niederlegte und die anwesenden Reserve-Offiziere die Versammlung verließen.

Der Schneidmühl'sche Kriegerverein ist hoffentlich so vernünftig, dem ausgeschiedenen Vorstand und den Reserve-Offizieren keine Ehrentage nachzuweisen. —

Ungarn.

Der Attentatschuhung. Daß das angebliche Attentat auf Franz Josef nur eine Lächerlichkeit ist, bestätigt jetzt auch das „Ungarische Korrespondenz-Bureau“. Wie es mittheilt, geht aus den Einzelheiten, welche über das gegen den König Franz Josef geplante Komplott vorliegen, hervor, daß dasselbe keinen ersten Charakter besitz. Es hätte kaum jemals zur Ausführung kommen können. Zwei der Angeklagten gestanden, daß die Dynamitbombe an einer Stelle hingelegt werden sollte, an welcher der König niemals vorbeikommt. Die auf das strengste geführte Untersuchung ergab nichts Verdächtiges.

Schweiz.

Jürich, 7. Juli. (Ep. Ver.) Ein **Teufener Feldbaron**, namens Bräuf, hat man doch seine Drohung, die Fabrik zu schließen, falls nicht auch fernherin die Kinderarbeit gestoppt wird, wahr gemacht und seine circa 300 Arbeiter und Arbeiterinnen schicksallos aufs Pflaster geworfen. Das Spinnerreichthum soll nun nach Italien verlegt werden, wo man nach Herzenslust ohne jede Beschränkung „Freiheit der Arbeit“ — Kinder und Krüppel ausbeuten kann. So steht der Patriotismus auch in der Schweiz aus. — Die Arbeiterunion schweizerischer Transport-Angestellter, hauptsächlich der Eisenbahndienst, hat mit dem Verband des Personals schweizerischer Transportanstalten ein Kartell abgeschlossen. Die Organisation soll weiter geträgt werden, da man nicht wisse, was die Verstaatlichung der Eisenbahn bringt, die als Bundesbahnen bei Konflikten viel gefährlicherer Gegner wären, als die Privatbahnen. —

Bern, 8. Juli. Der Bundesrath hat die Volksabstimmung über die Revision der Bundesverfassung in bezug auf die Einführung eines einheitlichen Zivil- und Strafrechts auf den 13. November d. J. angelegt.

Frankreich.

Die Dreyfus-Angelegenheit in der Kammer. In der Kammer Sitzung von gestern (7. d. M.) stellte, wie schon unter „Neuesten Nachrichten“ in der gestrigen Nummer gemeldet ward, Casselin seine Anfrage betreffs des Dreyfus-Prozesses. Kriegsminister Cavaignac, dem die Beantwortung übertragen war, erklärte nach dem vorliegenden ausführlichen Telegramm, die erste Aufgabe der Regierung sei es gewesen, Mittel zu suchen, um die Agitation im Lande zu beenden; die Regierung sei der Ansicht, daß der Kammer und dem Lande die volle Wahrheit zugänglich gemacht werden müsse, soweit dies möglich sei. Die Mitglieder des ersten Kriegsgerichts urtheilten nach ihrem Gewissen und ohne Leidenschaft. (Weisfall.) Man habe versucht, an Stelle des Dreyfus einen andern Offizier unterzuziehen, welcher morgen von einer verdienten Disziplinarstrafe betroffen werden. Die Mitglieder des zweiten Kriegsgerichts seien in ihrem Gewissen der Meinung gewesen, daß man ihnen keine Beweise von dem diebstahligen Offizier zur Last gelegten Verbrechen erbracht habe und daß übrigens letztere nicht Dreyfus als unschuldig hinstellen konnten. (Weisfall.) Die Regierung werde sowohl den Urtheilen wie auch den Mitgliedern des Kriegsgerichts Achtung verschaffen. Die Regierung habe die Pflicht, Licht zu schaffen; sie wolle die Achtung vor der Armee nicht durch Repressivmaßregeln wahren. Die Armee, welche die Symmetrie der bürgerlichen Gewalten achte, brauche sich nicht hinter die Grundzüge von dem Wohle des Staates zu verstellen. (Weisfall.) Die Regierung habe die absolute Gewissheit von der Schuld Dreyfus'. (Weisfall auf allen Punkten.) Wenn sie diese Gewissheit nicht hätte, so würde keine Rücksicht auf das Staatswohl sie bestimmen können, einen Unschuldigen im Bagno zu lassen. Cavaignac fährt sodann fort: Ich werde diejenigen Motive meiner Ueberzeugung bekanntgeben, bei denen ich dies thun kann. Wir sind Herren in unserem Hause und können unsere Angelegenheiten so behandeln, wie wir das wollen. (Selbster Weisfall.) Im übrigen werden die Freirügungen, welche ich abzugeben habe, in keiner Weise fremde Regierungen in diese Sache verwickeln. Der Nachrichtenendienst des Kriegsministeriums hat in sechs Jahren über 1000 Originalbriefschaften in die Hände bekommen, welche theils wahre, theils verabredete Namen tragen und bei keinem jugendlichen Menschen Zweifel aufkommen lassen können. Von diesen Schriftstücken müssen drei hervorgehoben werden. Erstens eins vom März 1894 datirt lautet: „D. hat mir viele interessante Sachen gebracht.“ Das zweite mit dem Datum 16. April 1894 lautet: „Vollständig zwölf Pläne von...“ (folgt der Name einer Festung, welche die Kanäle von D. für Sie gegeben hat.“ Es ist zweifellos, fährt Cavaignac fort, daß es sich um Dreyfus handelt. Thatsächlich ist Dreyfus in dem dritten Schriftstück mit vollem Namen genannt. Dieses letztere Schriftstück datirt vom November 1890, der Zeit, als der Depuirt Casselin seine Interpellation über die Dreyfus-Affäre angebracht hatte. In dem Schriftstück wird anlässlich der Interpellation gesagt: „Ich werde niemals sagen, daß ich Beziehungen zu Dreyfus gehabt, sagen Sie wie ich, niemand darf wissen, was mit ihm vorgegangen ist.“ (Bewegung.) Die Schuld des Dreyfus ist auch noch durch ein anderes Schriftstück bestätigt, welches ich nicht vorlesen kann. Das ist jedoch nicht alles. Dreyfus hat auch Geständnisse abgelegt. Hier ist ein Brief des General's Genes an Volodreff: „Ich habe Hauptmann Lebrun, Renault zum Kriegsminister geführt, dem er einen langen Monolog wiederholte, den Dreyfus gehalten hat und dessen wichtigste Stellen lauten: „Im Grunde genommen hat man keine Originaldokumente angeliefert, sondern bloß Kopien. Der Minister weiß, daß ich unschuldig bin. Er hat es mir durch Major du Path de Clam sagen lassen. Und wenn ich Dokumente angeliefert habe, so sind diese Dokumente ohne Wichtigkeit gewesen und mir geliefert worden, um andere, wichtigere dafür zu erlangen.“ Am demselben Tage schrieb Lebrun-Renault in sein Notizbuch: „Gestern Begründung des Hauptmanns Dreyfus.“ Er sagte mir, der Minister weiß, daß wenn ich Dokumente angeliefert habe, diese wertlos waren, und daß ich dies nur that, um mir wichtigere zu verschaffen.“ Cavaignac bemerkt dann weiter, er könne nicht annehmen, daß irgend jemand diese Worte gesagt haben würde, wenn er nicht wirklich Dokumente geliefert. (Weisfall.) Auf die dritte Erklärung Lebrun-Renault's geht Cavaignac nicht ein, weil sie erst späteren Datums ist. Weder schließt: Durchdringen von der Wahrheit der Sache, welche sie vertheilt, wird die Regierung nicht zugeben, daß die nationalen Interessen, deren Gut ihr anvertraut ist, verletzt werden. (Stimmliches Weisfall, Rufe: Hoch Frankreich.) Die Regierung hofft, daß morgen alle Franzosen darin einig sein werden, zu erklären, daß die Armee, die ihren Stolz und ihre Macht bildet, nicht nur stark ist durch das Vertrauen des Landes, sondern auch durch die Gerechtigkeit ihres Handelns. (Gauter Weisfall.) Der Depuirt Birman beantragt den öffentlichen Aufschlag der Rede Cavaignac's. Dieser Antrag wurde mit 572 gegen zwei Stimmen angenommen. 19 Depuirt, darunter 14 Sozialisten, enthielten sich der Abstimmung.

Nach dem stenographischen Bericht lauten die von Cavaignac verlesenen drei Briefe wie folgt: Erster Brief: „Gestern Abend ließ ich schließlich den Arzt holen, welcher mir verbot, auszugehen. Da ich morgen nicht zu Ihnen kommen kann, bitte ich Sie, vor-mittags zu mir zu kommen, denn D. hat mir viele sehr interessante Sachen gebracht, und wir müssen die Arbeit theilen. Da wir nur zehn Tage Zeit haben.“ Zweiter Brief: „Ich behaupte, Sie vor meiner Abreise nicht gesehen zu haben; übrigens werde ich in acht Tagen zurück sein. Vollständig zwölf Pläne von (folgt der Name einer Festung, welchen Cavaignac bei der Verlesung unterdrückte), welche diese Kanäle von D. mir für Sie gegeben hat. Ich habe ihm gesagt, daß Sie nicht die Wästel haben, die Beziehungen wieder aufzunehmen. Er behauptet, daß ein Mißverständniß vorlag und daß er alles thun werde, um Sie zu befriedigen; er sagt, daß er eigenhändig gewesen und daß Sie ihm das nicht abnehmen sollen. Ich habe ihm geantwortet, daß er verrückt sei und daß ich nicht glaube, daß Sie die Beziehungen zu ihm wieder aufnehmen wollten. Machen Sie, was Sie wollen.“ Der dritte Brief lautet: „Ich habe gesehen, daß ein Depuirt über Dreyfus interpellirt wird. Wenn (hier — so bemerkt Cavaignac — folgt ein Satz, den ich nicht vorlesen kann), dann werde ich sagen, daß ich niemals Beziehungen zu diesem Juden gehabt habe, das ist abgemacht. Wenn man Sie fragt, sagen Sie auch so, denn niemand darf jemals wissen, was mit ihm vorgegangen ist.“

Letzteres Atteststück war schon im Jola-Prozeß von Bismarck verlesen, damals aber von den Verteidigern Jola's für eine Fälschung erklärt worden.

Zwei Thatsachen sind zunächst hervorzuheben. Das neue Kabinett stand der Dreyfus-Sache unparteiisch gegenüber. Mit Ausnahme Cavaignac's, der schon früher seine Ueberzeugung von der Schuld des Dreyfus ausgesprochen hatte, hatten die Mitglieder des Kabinetts sich bisher neutral verhalten, und von Triffon sich es, er glaube an die Unschuld des Dreyfus. Die Mitglieder des neuen Kabinetts haben auch von vornherein erklärt, unbefangen an die Angelegenheit zu gehen und Cavaignac sowohl als der Justizminister haben das ganze Atteststück Dreyfus vor der gestrigen Kammerverhandlung einer neuen Prüfung unterworfen.

Die zweite Thatsache ist, daß die Darlegungen und Schlussfolgerungen Cavaignac's in der Kammer auf Widerpruch nicht getroffen sind und daß auch die sozialistische Gruppe, die sich Tags zuvor in einer langen Fraktions-Sitzung mit der Angelegenheit beschäftigt hatte, weder Widerspruch erhob, noch sich dem Anschlag der Cavaignac'schen Rede widersetzte. Jaurès, der in letzter Zeit sehr heftig für die Revision des Dreyfus-Prozesses agitirt hat, hält an seiner Ansicht fest und richtet in der „Petite République“ an Cavaignac einen offenen Brief, in dem es heißt:

„Eine große entscheidende Thatsache wird allen auffallen, wenn der rasche Geschick des Kammerverfalls abgeschlossen sein wird. Sie haben nicht zu sagen gewagt, daß den Richtern

Seine geheimen Schriftstücke vorgelegt worden sind, die dem Angeklagten vorenthalten wurden, noch mehr, indem Sie selbst die Schriftstücke anführen, die Ihnen zufolge unsere Ueberzeugung bestimmen sollen, die aber in der Anklageschrift nicht vorkommen, befehlen und befehlen Sie die ungeheuerliche Rechtswidrigkeit des militärischen Verfahrens und liefern Ihrem Kollegen Sarrion die Beweise, deren er für das Ausnahmeverfahren bedarf. Sie behaupten, Drehfus habe bekannt, ein Mann hätte emporkommen und Ihnen ins Gesicht schreien müssen: „Ich trenne mich!“ Das ist Karl Duxuy, Ich verführe von neuem, ich beschwöre von neuem, daß Duxuy mir gesagt hat, Hauptmann Lebrun-Renaud, den er kommen ließ, habe ihm bezeugt, daß er von Drehfus sein Geschäft empfangen habe. Was! Karl Duxuy weiß das und schwört! er sieht, daß sie auf das angelegliche Geschäft ihre Ueberzeugung gründen, er weiß, daß es unwahr ist und aus Neugierlichkeit, aus Verachtung bleibt er stumm! Mit welchem Namen soll man sein Verbrechen bezeichnen? Welche Brandmarke wird die Geschichte für diesen Menschen finden, wenn sie die ganze Wahrheit kennen wird? Sie, Herr Cavaignac, haben einen augenblicklichen Erfolg vor der Kammer und dem Lande gewollt. Das Glysie beehrt Sie, Sie glauben, die haubtinischen Leidenschaften werden Sie dorthin tragen, nehmen Sie sich aber in Acht, man vergewaltigt nicht immer ungestraft Recht, Gerechtigkeit und Wahrheit! Der Verfall verhält, die Wahrheit bleibt, die unerschrockenen Gewissen werden ihren unerbittlichen Kampf gegen alle Lügen und Schändlichkeiten fortsetzen. Mehr als je sind wir zur Schlacht bereit. Schon sind Sie widerwillig gezwungen, Esterhazy ein wenig zu opfern, Sie bekennen, daß er der Verfasser der Manendriefe ist, die Ihre amtlichen Sachverständigen der Fälschungen erklärt hatten. Bald werden Sie amtlich zugeben müssen, daß auch das Begleitfächchen von ihm ist. Nach Esterhazy wird der Generalfeld in den Abgrund gestoßen werden und Sie mit ihm, denn Sie haben Recht und Verzicht mit Füssen getreten.“

Paris, 7. Juli. (Fig. Fig.) Die Kammer hat, wie nicht anders zu erwarten war, gemäß dem einstimmigen Beschluß der Wahlprüfungs-Kommission den Sozialisten Léon Montipon für gewählt erklärt an stelle des Weimarer Regierungskandidaten Wacher, dessen Wahl von der amtlichen Wahlprüfungs-Kommission infolge einer Wahlzettel-Fälschung proklamiert worden war. Gleiches beschloß die Kammer, die Wahlprotokolle dem Justizministerium zuzustellen zwecks Einleitung einer Untersuchung gegen die Fälscher. — Das ist bisher der einzige rechtmäßige Beschluß der Kammer in Sachen der Wahlprüfung.

Paris, 8. Juli. Dem Vernehmen nach beschließt sich der Marineminister Loche mit dem Studium der finanziellen Mittel, um einen Kredit von 100 Millionen zu schaffen, der zu Arbeiten für die Erneuerung bezw. Weiterentwicklung der Kriegsstärke bestimmt ist.

Türkei.

Aus Konstantinopel wird der „Frankfurter Zeitung“ unter dem heutigen Tag (9. Juli) telegraphiert: Gestern überreichte die Pforte den Vertretern Russlands, Englands, Frankreichs und Italiens ein Rundschreiben, in welchem sie gegen die provisorische Verwaltung protestiert, welche die Mächte auf Kreta einrichten wollen.

Afrika.

Eine Sklaverei wird aus dem Kongo über Brüssel gemeldet. Lieutenant Dubois, welcher mit 100 Mann von seiner Station abgegangen sei, um Kivu zu besuchen, sei von aufrührerischen Kongo-Leuten überfallen worden. 31 Soldaten seien getötet worden und 96 Gewehre und 16 000 Patronen verloren gegangen. Lieutenant Dubois sei darauf von seinen Soldaten verlassen und getötet worden.

Sien.

Neue russische Forderungen in China. Der russische Geschäftsträger in Peking Pawloff theilte dem Fung-Ho-Pamen mit, wenn China auf der nördlichen Bahn-Fortsührung bestünde, werde sich Russland möglichst weit gezwungen sehen, die Provinz Jili (Kuldsha) zu nehmen.

Die „Times“ besprechen bereits die Drohung Russlands und sagen, es liege mehr im Interesse Chinas, einen offenen Hafen am Golf von Persien als Gegengewicht gegen eine anschließende Handelspolitik, die sich von Port Arthur aus geltend machen werde, aufrecht zu erhalten, als es Chinas Interesse sei, in der Nähe der Hauptstadt Opfer zu bringen zu Gunsten einer abgelegenen Provinz, welche schwierig zu halten sei, und welche zu abfordern Russland trotz seiner Drohung wahrscheinlich schwerlich im Stande sein werde.

Aussand in Süd-China. Aus Hongkong wird vom 7. Juli telegraphiert: Nach Berichten aus Canton sind in Jung-Tschin und Kuchuan in der Provinz Kwangsi ernstliche Unruhen ausgebrochen. Die Aufseher sind überall erfolgreich und rufen auf Wutschau am Siliang vor. Der britische Konsul und der Zollkommissar in Wutschau haben telegraphisch um die Entsendung von Kanonenbooten gebeten. Das Kanonenboot „Dove“ wird sofort von hier nach Canton abgehen und den Westfluß hinauffahren. In Canton herrscht große Unruhe.

Amerika.

Washington, 7. Juli. Der Marine-Sekretär Long hat dem Kreuzer „Philadelphia“, welcher zur Zeit bei Mare Island liegt, Befehl erteilt, nach Hawaii abzugehen, dort die Platte der Vereinigten Staaten zu hissen und die Inseln der Union einzunehmen. Die „Philadelphia“ wird binnen wenigen Tagen dorthin in See gehen. Präsident Mac Kinley unterzeichnete die Resolution betr. die Annexion Hawaiis.

Valparaiso, 7. Juli. In den Handelskreisen der ganzen Republik ist heute eine Panik ausgebrochen. Am Dienstag war in Santiago ein großer Sturm bei der Bank von Chile infolge des Gerüchts, daß die Bank in Schwierigkeiten sei und die Regierung Papiergeld ausgeben wolle, um zur Rettung der Bank beizutragen. Eine Regierungskommission ist ernannt worden, um für Abhilfe zu sorgen. Alle Geschäfte hier und in Santiago sind thätiglich unterbrochen.

Ueber den hilenischen Krieg, der übrigens nicht unerwartet kommt, wird aus New-York, d. d. 7. Juli, telegraphiert: Eine aus Valparaiso via Calcutta eingegangene Depesche meldet, eine dort durch die Brülligung und die Ausfuhr von Gold verursachte finanzielle Panik habe die Regierung veranlaßt, alle hilenischen Banken bis zum 12. d. M. zu schließen. Die Regierung erwäge, ob es ratsam sei, während der Dauer der Schließung Papiergeld auszugeben.

Partei-Nachrichten.

Abrechnung des Unterstützungskomitees für die Familien der im Essener Meinelprozess verurtheilten Genossen vom 1. Januar bis 31. Juli 1898.

Einnahme.		Ausgabe.	
Bestand 1. Januar 1898	42 782,98	Januar, Unterstützungen	848,80
Dou St. L.	72,—	Februar, Unterstützungen	320,—
		März, Unterstützungen	320,—
		April, Unterstützungen und Kosten zum Verzuge des Wiederaufnahme-Verfahrens	561,—
		Mai, Unterstützungen	638,95
		Juni, Unterstützungen	545,—
Summa	42 904,98	Summa	2728,75
Einnahme	42 904,98		
Ausgabe	2 728,75		
Summa	40 076,23		

Bochum, 5. Juli 1898.
Zusammenf. 10.
Wolfgang Wunderlich.

Die Nichtigkeit vorstehender Abrechnung und deren Uebereinstimmung mit sämtlichen Belegen bestätigen die Revoren:
Heinr. Rickermann-Dortmund, Düsseldorf, 4.
Herrn Janl. Essen, Hermannsplatz 2, H. Ludw. Schröder-Dortmund, Algebrückstraße.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Metallarbeiter Berlins und der Umgegend!
Werthe Kollegen! Die Wahlen zum deutschen Reichstag, welche ohne Zweifel alle Kräfte der organisierten Arbeiter in Anspruch nahmen, sind nun vorüber, es gilt neue eifrige Thätigkeit unter den Angehörigen unserer Industrie zu entfalten. Durch die Wahlbewegung hat es ein Theil unserer Mitglieder unterlassen, Beiträge zu entrichten; an alle diese säumigen Mitglieder richten wir die dringende Aufforderung, das Veräumte nachzuholen.

Kollegen! Mehr wie je ist es notwendig, unsere Organisation zu kräftigen. Die günstige Geschäftszeit hält auch in diesem Jahre noch an, der Verdienst unserer Unternehmer ist ständig gewachsen, sie alle haben in den letzten Jahren ihr Schäfchen ins Trockene gebracht.

Kollegen! Haben sich eure Arbeitsbedingungen in der gleichen Weise verbessert? Habt ihr einen wesentlichen Vorteil von der günstigen Konjunktur gehabt? Nein, und, abermals nein! Wo Mehrverdienst zu verzeichnen war, habt ihr — mit geringen Ausnahmen — selbigen der verlängerten Arbeitszeit durch Ueberstunden zu danken. Können wir Euch nicht an hunderten von Beispielen nachweisen, daß trotzdem unsere Unternehmer Riesengewinne zu verzeichnen haben, Lohnabzüge an der Tagesordnung sind? Habt ihr gänzlich vergessen, welche brutale Vergevaltigung unserer Kollegen und Mitbrüder täglich durch die Organisation der Unternehmer und deren Kontroll-Bureau verübt wird?

Kollegen! Erinnert Euch dessen, daß ihr auf Euch selbst angewiesen seid. Alles steht zusammen, um die Arbeiter in ihren Forderungen zu bekämpfen, Groß- und Kleinfabrikant, Krauter und Bourgeois! Laßt ab von dem erbärmlichen Treiben, Euch einander zu unterbieten, ihr schädigt Euch und eure Mitarbeiter. Es giebt nur ein Mittel, unsere Lage zu bessern, Lohnabzüge zu verhindern: Unsere Organisation zu kräftigen. Eine starke Organisation ist die beste Gewähr für den wirtschaftlichen Frieden. Eine starke Organisation muß auch von dem verächtlichsten Unternehmer anerkannt werden; je kräftiger dieselbe, je weniger Streiks, je mehr werden die Arbeiter schon im Wege des Vergleichs erreichen. Darum Kollegen, wer leben und genießen will, wer theilnehmen will am volkreichen Reich unserer Kultur, der ruhe und rastet nicht, um auch die Faulen und Trägen, die Indifferenten aufzuklären und aufzurütteln, sie zur Organisation heranzuziehen.

Zwei Beispiele wollen wir hier für die Nichtigkeit des Gesagten beibringen. In den Werkstätten der Allgemeinen Elektricitätswerke erschien unter dem 29. Juni d. J. folgende Bekanntmachung:
„Die Fertigung der 20 000ten Dynamo-Maschine und der damit erachtete Beweis, der ebenso schnell als gedeihliche Entwicklung unseres Werkes hat uns veranlaßt, der Unterfertigungsfabrik der Maschinen- und Armaturen-Fabrik den Betrag von 10 000 M. überweisen.“

Schön und lobenswerth von der Direktion und bald wird man deren Loblied in allen Tonarten in der bürgerlichen Presse singen. Aber dieser Betrag, Kollegen, ist eine Bagatelle im Vergleich zu dem, was den Arbeitern in diesem Werk seit Jahren durch fortgesetzte Lohnabzüge verloren gegangen ist. In diesem Werk sind es leider unsere Kollegen, die durch freiwilliges Anbieten von Ueberstunden die gedeihliche Entwicklung des Werkes über Gebühr gefördert haben. — Ohne starke Organisation kann auch der erbärmlichsten Speichelleckerei und dem Angeberthum in unseren Kollegenkreisen nicht in der gebührenden Weise entgegen getreten werden.

Ein anderes Beispiel: In der Fabrik von E. Lehmann, Mantelstraße hatten unsere Kollegen seit länger als einem Jahr in der einen Abteilung den neunstündigen Arbeitstag; damit nur die guten Schäfchen in der Abteilung des Messingwerks, welche zehn Stunden arbeiten, nicht durch die anderen Kollegen auf den Gedanken kommen können, diesen Vortheil auch für sich zu erringen, dekretierte Herr Lehmann, daß vom 1. Juli ab wieder zehn Stunden gearbeitet werde. Nachdem diese schwere Arbeit gethan — reiste Herr Lehmann nach Karlsruhe — und überließ die Ausführung dieser Maßregel seinen Untergebenen. Alle Vorstellungen halfen nichts — Herr Lehmann hat so bestimmt und wenn es nicht paßt, der kann gehen.“ Die Arbeiter dieser Fabrik sind schlecht organisiert und wissen sich nicht zu helfen.

Kollegen! Der einzelne kann nichts erreichen, schließt Euch zusammen, tretet dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande bei, nur so ist es möglich, uns zu schützen! Und ihr Kollegen, die ihr mit Euren Beiträgen im Rückstand seid, holt das Veräumte nach. Alle Mann auf den Posten, keine Mühseligkeit vorschützen, vorwärts! Nur so sind wir im Stande, uns zu wehren und bessere Lebensbedingungen zu erreichen.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Deutsches Reich.

Streik im Deutschen Reich. Im Monat Juni sind nach einer von der Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ veröffentlichten Zusammenstellung 35 neue Streiks ausgebrochen, gegen 60 im vorhergegangenen Monat. Bei 10 Streiks wurde die Zahl der beteiligten Arbeiter mit insgesamt 4085 ermittelt. Der größte Streik war der Bergarbeiter in Juidau i. S., dessen Teilnehmerzahl zuletzt 2000 betrug; ihm zunächst kommt der Hamburger Bäckerstreik mit 700 Beteiligten. Von besonderem Interesse ist noch ein Streik landwirtschaftlicher Arbeiter in Gräber bei Gera, wo die Sachseingänger, sämtlich Polen, die Arbeit niederlegten und nach ihrer Heimath abtraten.

Der Hamburger Bäckerstreik ist noch auf demselben Stand; Herr Martens, der Sekretär des Hamburger Arbeitgeber-Verbandes fährt fort, in den Innungsberathungen gegen die Sozialdemokraten, die „Macher des Streiks“ zu hegen. Auch die „Hamb. Radfahrer“ behaupten natürlich froh darauf los, daß die sozialdemokratische Partei, genau wie 1896 beim Hasenarbeiter-Streik nur eine „Nachfrage“ zur Entscheidung bringen wolle. Es ist möglich, mit diesem Blatt über die wahren Ursachen des Bäckerstreiks diskutieren zu wollen. Wie alle Welt weiß, daß der Hasenarbeiter-Streik, s. B. spontan, ohne Beihilfe, ja gegen den Willen der Gewerkschaftsführer zum Ausbruch kam, so ist auch bekannt, daß die Bäckerarbeiter Hamburgs seit Monaten, wenn nicht seit Jahren, auf die Abschaffung des Kofs- und Logiswesens hinarbeiten und offen die Absicht kundgegeben haben, dies eventuell durch Streik erzwingen zu suchen.

Das Diözesanische Oeyblatt macht seiner Wuth gegen die Arbeiterschaft, die durch den Ausfall der Wahlen nur noch erhöht worden ist, in folgenden giftigen Sätzen Luft:
„Die Sozialdemokratie hat das allerdringendste Interesse daran, zu verkennen, daß sie die Regie bei dem Stillsitzen und welche Ziele sie damit verfolgt. Wenn ihr diese Irreführung nicht gelänge, wenn jedermann einsehe, daß es sich um nichts als ein sozialdemokratisches Manöver handelt, so würde, namentlich in der jetzigen Zeit des neuen Unmuthes über die hiesigen sozialistischen Wahlen, die öffentliche Meinung mit den Bäckergeleuten kurzen Prozeß machen, während man sie jetzt vielfach bemitleidet. Das aber ist es gerade, was die Sozialdemokratie will und woraufhin sie arbeitet. Sie selbst will unschuldig wie ein Lamm dastehen, die armen Streiker sollen bemitleidet und die harttherigen Arbeitgeber als verstoßene Geistes betraachtet werden. Gelingt ihr das, so laßt sie sich über die „Dummen“ heimlich ins Häufchen. Wir haben genau denselben Schwandel beim Hasenarbeiterstreik erlebt. Damals verwahrte die Sozialdemokratie sich auch feierlich gegen den Vorwurf, daß sie die Sache insgeheim

und aus purem Machtgier namenloses Elend über tausende von Familien gebracht habe; aber sie hatte es, wie sich später ergab, doch gethan und sie ist auch erst von den Streikern abgerückt, als die Sache schief ging und die Anfänger des Streikes es rücklings fanden, das Odium des mißglückten Ausstandes nicht auf das Konto der sozialdemokratischen Partei zu übernehmen.“

In dieser Tonart geht es weiter. Schließlich spricht sich das Blatt gegen alle Einigungsversuche aus und fordert zunächst volle Unterwerfung.

Die Berliner „Konfordia-Zeitung“ nahm am Mittwoch in einer Verammlung Stellung zum Streik der Hamburger Bäcker. Es wurde behauptet, daß, wenn die Gesellen in Hamburg siegen, der Streik auch bald in anderen Großstädten, namentlich in Berlin ausbrechen würde. Fast sämtliche Redner betonten, daß bei einem Streik unzählige kleine Wärdereien vor dem gänzlichen Ruin ständen, nur der Großbetrieb würde die Vorkasse haben. Andererseits hoben einige Redner hervor, daß bei einem Gesellenstreik das Kabatt-unwesen, Anstragen des Frühlings, Lieferung an Konsumvereine bei 10 und 15 pCt. Kabatt mit einem Schlage verschwinden müßte. Die Bäckermeister ganz Deutschlands seien sich einig, überall den vom Streik betroffenen Kollegen durch Stellung von Arbeitskräften und materielle Unterstützung zu Hilfe zu kommen. Die Forderungen der Gesellen, wie sie gegenwärtig gestellt, seien direkt unannehmbar, das würde man bei einem etwaigen Streik den Gesellen rundweg erklären.

Der Magdeburger Bauarbeiterstreik ist nicht wesentlich verändert. Auf 24 Bauten und Klagen ist der Lohn für die Maurer und Zimmerleute bereits bewilligt worden. Andere werden nachfolgen. Im ganzen stehen noch 896 Maurer und etwa 200 Zimmerer im Streik. Die übrigen sind abgereist oder arbeiten zu den neuen Bedingungen. Sämtliche Sendungen, Briefe und Telegramme sind an Karl Schöck, Magdeburg, Katharinenstraße 5, zu richten. — Die Streikposten sind sämtlich mit Strafmandaten, lautend auf 80 M. Strafe oder 3 Tagen Haft, bestraft worden.

Der Ausstand der Branergerellen von Hagen ist noch nicht beendet. Die Unternehmer bewilligten wohl die meisten Forderungen, weigern sich aber, die Streikenden wieder einzustellen. Das Gewerkschaftsblatt will nochmals mit den Unternehmern verhandeln und eventuell über diejenigen Branergerellen, die nicht bewilligen, den Vohlett verhängen.

Abermals beschlagnahmt wurden seitens der Bochumer Staatsanwaltschaft die Geschäfts-Bücher des Verbandes der deutschen Berg- und Hüttenarbeiter. Ob die jetzige Maßregel wiederum mit der Demagogik Thiemanns betriebs des Reyer'schen Schuldscheins zusammenhängt, ist bisher noch nicht bekannt.

Ausland.

Aus Bodebach (Böhmen) meldet uns ein Privattelegramm: In der Eisengießerei von Garmisch ist wegen Maßregelung ein Streik ausgebrochen. Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Unternehmer-Verbände.

Buchdrucker-Zwangsdinnung. Auf Antrag der Innung Leipziger Buchdrucker-Verleger hat die Kreis-Hauptmannschaft angeordnet, daß vom 1. Oktober 1898 an sämtliche Gewerbetreibende, die in der Stadt Leipzig das Buchdruckerergewerbe ausüben, der Innung Leipziger Buchdrucker-Verleger (mit dem Sitze in Leipzig) anzugehören haben.

Soziales.

Der Arbeitsmarkt im Juni. Von 55 Arbeitsnachweiser, worüber der Berliner Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ vergleichbare Daten vorlagen, hatten im eben vollendeten Monat Juni 53 Arbeitsnachweise (darunter 2 österröische und 1 schweizerischer) gegenüber dem Monat Juni des vorigen Jahres eine Zunahme des Arbeitslosen-Andrangs aufzuweisen, die übrigen 22 Arbeitsnachweise eine Abnahme. Abgerechnet die drei ausländischen Arbeitsnachweise kamen auf 100 offene Stellen anzuwendende:
im Juni des Jahres männliche weibliche zusammen
1897 120,9 79,8 108,9
1898 121,6 80,3 113,3

Gegenüber dem Monat Mai d. J. hat der Arbeitslosen-Andrang im Juni abgenommen; von 55 Arbeitsnachweiser (darunter 4 ausländischen) hatten nur 22 eine Zunahme zu verzeichnen. In Berlin jedoch überwiegt die Arbeitslosen-Zunahme sowohl im Vergleich zum Monat Mai d. J. wie zum Monat Juni des vorigen Jahres.

Auf dem Schlachtfelde der Arbeit gehen jährlich eine ungeheure Anzahl blühender Menschenleben zu grunde. Romanisch fordert die Gewinnung des schwarzen Diamants, der Kohle, die den Unternehmern so reiche Dividenden abwirft, große Opfer. Kommt durch die schlagenden Wetter eine größere Anzahl Menschen auf einmal ums Leben, so regt sich wohl die öffentliche Meinung etwas auf, man bedauert die Unglücklichen, sammelt wohl auch einige Almosen für die Hinterbliebenen, wenn es hoch kommt, entsendet die Regierung eine Untersuchungskommission, die den Ursachen des „belegenswerthen Unglücksfalles“ nachforschen soll und dann wird es wieder still — bis zur nächsten Katastrophe.

Ueber die Unglücksfälle, die in den Gruben durch Stein- und Kohlenfall u. s. w. täglich passieren, wird großes Aufsehen gemacht, so sehr ist das Gewissen der öffentlichen Meinung daran gewöhnt, daß es als selbsterfindlich himmelt, der Bergarbeiter — und das gilt auch vom Industriearbeiter — müßte für seinen elenden Lohn nicht bloß seine Arbeitskraft, sondern auch sein Leben in die Schanze schlagen.

Wie groß die Zahl der Unfälle im Bergbau ist, möge aus einer Statistik der Sektion II (Bochum) der Knappschafts-Vereinsgenossenschaft hervorgehen. In dem Bereich derselben, der sich nur auf den Oberamtsbezirk Dortmund erstreckt, sind im vergangenen Jahre allein vierhundertfünfzig Vergleute tödtlich verunglückt. Hiervon kamen 49 bei Schlagwetter-Explosionen zu Tode, bei denen auch noch 41 schwer verletzt wurden. Der Stein- und Kohlenfall hat aber das Elffache an Opfern erfordert, indem die Berufsgenossenschaft hierbei in 979 Fällen zahlungspflichtig wurde. Im ganzen sind im Bezirke 19 702 Unfälle zu verzeichnen gewesen, das macht auf einen Arbeitstag beinahe 93. Die meisten Unfälle ereigneten sich am Sonnabend. An diesem Tage sind 1897 3409 Unglücksfälle (17,8 pCt. der sämtlichen Unfälle) vorgekommen, am Montag 3324 oder 16,87 pCt. Es folgt der Dienstag mit 16,38 pCt., der Freitag mit 16,03 pCt., der Donnerstag mit 15,98 pCt. und der Mittwoch mit 15,88 pCt. An Sonntagen haben sich 203 Unfälle ereignet. Von den 19 702 Unfällen wurden 2755 entschädigungspflichtig. Von 2745 Personen, denen eine Rente gewährt werden mußte, waren dem Alter nach: 64 unter 16 Jahren, 388 bis 20 Jahren, 588 bis 30 Jahre, 773 bis 40 Jahre, 481 bis 50, 177 bis 60, 34 über 60 Jahre alt. Es haben 62 Schlagwetter-Explosionen stattgefunden, bei denen in 22 Fällen die amtliche Ermittlung eine Jahrlässigkeit der Arbeiter festgestellt hat.

Wohnungsnot. Die Vorlandchaft des bayerischen Eisenbahner-Verbandes, der von den Ultramontanen gegründet wurde, um die Eisenbahner für das Zentrum zu gewinnen, veranstaltet in Nürnberg Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse der Eisenbahner. Am Kopfe des Fragebogens wird bemerkt, was diese Zentrumsgründung schon alles für die Eisenbahner gethan habe, dabei aber verschwiegen, daß die erreichten Verbesserungen hauptsächlich unseren Genossen im Landtage zu verdanken sind, während gerade die Zentrumsleute alle sozialdemokratischen Anträge zu Gunsten des Eisenbahnerpersonals, darunter auch einen auf Erbauung von Arbeiter-Wohnungen, niederkümmten. Gätten sie die Antzige unterlassen, so würden jetzt schon Arbeiterwohnungen gebaut und die Wohnungsnot wäre überflüssig. Trotzdem nehmen sie jetzt das Verdienst für sich in Anspruch, die Verbesserungen herbeigeführt zu haben. Das ist ultramontane Verschleidenheit.

Mit Freisprechung endete der bekannte Prozess gegen das Streikkomitee der Leipziger Maurer. In der Begründung des Urtheils, das am 6. d. M. verkündet wurde, wird ausgeführt, daß das Gericht das Urtheil vom 27. September v. J. aufgehoben habe, auch soweit es nicht durch das Urtheil des Reichsgerichts aufgehoben worden ist. Nach den in der Verhandlung erfolgten neueren Feststellungen sei nicht erwiesen, daß die Verletzten durch die Körperverletzung zur Unterlassung der Arbeit genöthigt werden sollten. Es war demnach die Frage zu beantworten, ob die Angeklagten strafrechtlich für die Körperverletzung verantwortlich gemacht werden konnten. Das Gericht habe diese Frage verneint. Nach einem Urtheile des Reichsgerichts konnte für die Angeklagten eine Rechtspflicht zum Einschreiten nur vorliegen, wenn sie Vorsteher eines Vereins waren oder wenn sie physisch auf den Willen der Thäter einwirkten hätten. Die Voraussetzungen eines Vereins seien im gegebenen Falle vorhanden, denn es hatte ein Zusammenschluß der Streikenden zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes, der Erlangung günstiger Arbeits- und Lohnbedingungen, stattgefunden. Daraus ergab sich die Rechtspflicht für die Angeklagten, gegen die Mißhandlung einzuschreiten, wenn sie von dem Vorgange rechtzeitig Kenntnis erlang hätten. Diese subjektive Frage mußte aber nach dem Ergebnisse der Beweisaufnahme verneint werden. Sie haben nicht an der Mißhandlung Lehmann's theilgenommen und ist auch nicht erwiesen, daß sie von der Mißhandlung L's Kenntnis erlangt haben. Es war dann die Frage zu entscheiden, ob sie physisch auf die Thäter einwirkten haben. Die physische Einwirkung lege aber eine unabweidende Willensbetätigung voraus. Wenn die Mißhandlung zu ihrer Ansicht und Gehör erfolgt wäre, so würde das passive Verhalten als ihre stillschweigende Zustimmung gedeutet werden können. Allein es sei nicht erwiesen, daß sie die Mißhandlung gehört oder gesehen haben. Es sei vielmehr erwiesen, daß die Thäter thätiglich von der Beeinflussung der Streikleitung unabhängig gehandelt haben. Bezüglich des Falles Kramer sei zwar eine physische Einwirkung Vertholbs vorhanden, allein, da er seine Weigerung, sich zu den an der hat schon einmal Freigelegd erhalten, das ist kein schöner Zug von Dir! an die Halleischen Maurer richtete, und er auch sofort in das Streikbureau eintrat, so konnte er den eingetretenen Erfolg seiner Weigerung als möglich nicht voraussehen. Es war demnach wie geschah zu entscheiden.

Wegen Verleumdung der Berliner Schuhmannschaft wurden gestern der verantwortliche Redakteur des „kleinen Journals“ Eugen Reiffner und der Schriftsteller Julius Stettenheim vor der III. Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Zur Zeit, als das Thema „Mißgriffe von Polizeibeamten“ eine stehende Rubrik in den Berliner Zeitungen bildete, veröffentlichte der Angekl. Stettenheim im „M. J.“ eine kleine humoristische Plauderei unter der Ueberschrift: „Was einem Räkternen in Berlin passieren kann“. Im Anschluß an den noch immer nicht ganz aufgeklärten Fall Krausnick, in welchem ein angeblich schwer kranker junger Mann als „Vetrunkener“ nach der Polizeiwache gebracht worden sei und dort viele Stunden an dem Fußboden liegend zu gebracht haben soll, wurden in der Plauderei die Gefahren, die aus dieser Methode für den Bürger entstehen, humoristisch-satirisch dargestellt. Es wurde darin angedeutet, daß der Schuhmann mit der Stiftung unschuldiger Frauen und Mädchen sich nicht mehr begnüge, daß der Vorbeer, den er dabei eingehämt, ihn nicht schlafen lasse und er nun zur Stiftung schwer kranker Männer übergehe. Die humoristische Plauderei kam zu dem Ergebnis, daß Männer und Junglinge sich vor jeder Erkrankung oder Unfall auf der Straße sehr in acht nehmen müßten, da sie Gefahr liefen, anstatt nach Hause oder in ein Krankenhaus gebracht, auf den Fußboden irgend eines Polizeibureaus gelegt zu werden. — Polizeipräsident v. Windheim erklärte hierin eine Verleumdung der Schuhmannschaft und stellte den Straf Antrag. — Beide Angeklagte bestritten das Vorliegen einer Verleumdung, da keineswegs das gesammte Institut der Schuhmannschaft heruntergesetzt, sondern nur die Thatsache, daß ein Schwerverkranker als Vetrunkener behandelt wurde, parodiert und ironisiert werden sollte. Der Angeklagte Stettenheim nahm es als sein gutes Recht in Anspruch, das Instrument des Wipes und der Satire zu handhaben, um auf die Abstellung öffentlicher Mißstände hinzuwirken. — Staatsanwalt Stachow II hielt den Artikel für beleidigend, da er in häßlicher Weise die ganze Polizei lächerlich zu machen beabsichtigt gewesen sei. Er beantragte gegen jeden Angeklagten vier Monate Gefängnis. — Rechtsanwalt Korn beantragte dagegen die Freisprechung. Der Artikel richte sich nicht gegen die ganze Institution der Polizei, sondern gegen die Mißgriffe einzelner Beamten. Außerdem stehe den Angeklagten der Schutz des § 193 zur Seite, da es sich um ein Ereigniß handelte, welches auch sie leicht einmal betreffen konnte. Eventuell beantragte der Verteidiger die Verlesung der Herren Krausnick Vater und Sohn und des Sanitätsraths Kreitzammer, welche behaupten würden, daß Krausnick jun. an Gemüthsstörung gelitten und nicht betrunken gewesen sei. — Der Gerichtshof (Vorsitzender: Landgerichtsrath Dr. Frisch) lehnte den Beweis Antrag ab, da er den Angeklagten den guten Glauben zubilligte und erkannte im übrigen auf Freisprechung der Angeklagten. Der Gerichtshof hielt nur einen kleinen Passus objektiv für beleidigend, billigte aber den Angeklagten den Schutz des § 193 zu. Nach einem Reichsgerichts-Erkenntnis im 29. Bände soll eine Verleumdung straflos sein, nicht bloß, wenn sie zur Ausführung und Verheißung von Rechten verübt wird, sondern auch wenn der Thäter für eine ihn selbst nahe angehende Sache kämpft. Dies sei nach Ansicht des Gerichts hier der Fall gewesen.

Die bekannte Geschichte vom „falschen Einschlägen“ scheint nicht zu Ende kommen zu sollen, denn alle gerichtlichen Termine zur Hauptverhandlung dieser eigenartigen Angelegenheit verfallen erdarmungslos dem Schicksal der Vergessenheit. Gestern wurde vor dem Schwurgericht wieder einmal der Versuch gemacht, das gerichtliche Verfahren zu einem Abbruch zu bringen. Auf der Anklagebank nahmen wiederum Platz: der Schreiber Wilhelm Histermann, der Handlungsgeschehliche Friedrich Köhler, der Arbeiter Ernst Lehmann und dessen Ehefrau Marie geborene Schulz, von denen sich die beiden ersten Angeklagten wegen intellektueller Urtheilensfälligkeit, Fälschung von Privaturlunden und des Gebrauches solcher, das Lehmann'sche Ehepaar wegen Verhülfe und Erpressung zu verantworten haben. Es handelt sich bekanntlich darum, daß Histermann für Köhler unter dessen Namen das Real-Gymnasium besuchte und für ihn das Zeugniß für den einjährigen Militärdienst erwarb, daß Köhler auf Grund dieses Zeugnisses sein Jahr abdiene und daß endlich das Lehmann'sche Ehepaar als Mitwisser dieses betrügerischen Abwands so lange vom Angell. Köhler Geld herauszuschlagen verstand, bis es diesem zu viel wurde und er durch Anzeige seiner That dieser Schranke ohne Ende ein Hinderniß in den Weg legte. Als im September vorigen Jahres das Schwurgericht sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen hatte, wurden Bedenken gegen die Zurechnungsfähigkeit der Angell. Histermann und Köhler geltend gemacht. Bezüglich des Histermann lag ein ausführliches schriftliches Gutachten des Geh. Medizinalraths Dr. Sand er vor, wonach Histermann als unzurechnungsfähig zu gelten habe, und bezüglich des Köhler belandete Professor Dr. Mendel Thatsachen, die auf eine vorhandene Geistesstörung hindeuten konnten. Trotz des ganz bestimmten Gutachtens des Geheimraths Sand er, der den Histermann in der Irrenanstalt beobachtet hat, drang damals der Staatsanwalt mit dem Antrage durch, ein Obergutachten des Medizinal - Kollegiums einzuholen. Histermann hatte sich deshalb nochmals zur Beobachtung seines Geisteszustandes auf einige Wochen in eine Anstalt begeben. Das Gutachten des Medizinal - Kollegiums lag gestern dem Gerichtshofe vor, außerdem waren eine ganze Reihe medizinischer Sachverständiger und 18 Zeugen zur Stelle. Diesmal machte der Angeklagte Lehmann dem Gericht einen Strich durch die Rechnung.

Er bestand darauf, daß die Müller des Angeklagten Köhler, die zur Zeit in Marienbad weilte, als Zeugin vernommen werde, da sie wesentliches zu seiner Entlassung auszusagen würde. Der Angeklagte berief sich auch noch auf einen anderen nicht anwesenden Zeugen und verließ allen Vorhaltungen gegenüber dabei, daß er auf diese Entlassungsjungen nicht verzichten könne. Der Gerichtshof erwog nun, ob eine Trennung der Anklage sich ermöglichen ließe, er kam aber zu der Entscheidung, daß dies sich nicht empfehlen würde, und da er andererseits dem Angeklagten Lehmann seinen Beweis Antrag nicht ablehnen konnte, so blieb nichts übrig, als die Verhandlung abermals zu vertagen.

Der einem Bettler ein Stück Brot giebt, macht sich strafbar. Im Jahre 1892 erließ der Landrath zu Plön, Graf Kanngau, eine Polizeiverordnung, wonach solche Personen in seinem Kreise, welche einem Bettler eine Gabe verabsolgen, mit Geldstrafe bis zu 30 M. oder entsprechender Haft zu bestrafen sind. Das ist eine Verordnung, die ja ohne Zweifel ganz den Ideen angemessen ist, nach denen manche Vertreter des sich christlich nennenden Staates von heute Ordnung, Religion und Sitte schätzen, mag sie auch zum eigentlichen Christenthum passen, wie die Faust aufs Auge. Das Almosengeben war im Kreise Plön seit Erlaß der Verordnung stets mit der Gefahr verbunden, daß der Mann, der einem hungernden Bettler ein Stück Brot oder einen Nidel darreichte, für die Ausbildung dieser seiner Christenpflicht mit „Geldstrafe oder entsprechender Haft“ belegt wurde. Diese schöne Polizeiverordnung ist nun, o Nummer es zu sagen, vor einigen Tagen in einem Falle, wo ein solcher Uebelthäter auf gerichtliche Entscheidung bestand, vom Landgericht Kiel für rechtsungültig erklärt worden. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten, einen Herrn Lage aus Schönberg, frei, indem es zwar nicht auf den Kontrast dieser Verordnung mit der Lehre Christi hinwies, wohl aber betonte, daß sie den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze des freien Verfügungsbrechtes über das eigene Vermögen widerspreche. Öffentlich geht der christliche Staat ob solcher Gerichtsentscheidung nicht lapidar.

Zur Kennzeichnung des „Verstarbten“ Lorenzen. Zu 100 M. Geldstrafe wurde am 7. Juli in der Verhandlung der Verurteilungskammer des Landgerichts zu Kiel der Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ A. Lütjens wegen Verleumdung des bekannten Verstarbten Lorenzen verurtheilt. Der Pseudonym Hans Jelsen (Landesversicherungsrat Hans Jelsen) hatte im Jahre 1890 ein „Buch an die deutschen Arbeiter“ herausgegeben, welches auch dem nationalliberalen Lorenzen zu Gesicht gekommen war. Lorenzen stülzte nun ebenfalls das Bedürfnis in sich, ein Buch über „Die deutschen Arbeiter und die Sozialdemokratie“ zu schreiben, welches dem auch im Jahre 1891 in Druck erschien. Da diese Broschüre aber infolge verschiedener Differenzen mit dem Drucker seine größere Verbreitung finden konnte, sah sich der Verfasser Lorenzen genöthigt, das Nachwort nach einigen Jahren in verbesserter Auflage unter dem Titel: „Die Sozialdemokratie in Theorie und Praxis“ auf den Wählermarkt zu bringen. Die theils wörtliche Uebersetzung der Lorenzen'schen Broschüre mit dem Buche des Hans Jelsen veranlaßte die Redaktion der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, im November 1897 mehrere Artikel über das Nachwort des Lorenzen zu schreiben. In diesen Artikeln wurde der kaiserliche Verstarbte Lorenzen des literarischen Diebstahls beschuldigt. Hierdurch fühlte sich Lorenzen beleidigt und erhob deshalb die Klage gegen den verantwortlichen Redakteur Lütjens. Das Schöffengericht zu Kiel verurtheilte Lütjens zu 25 M. Geldstrafe. Da das Urtheil aber zu gelinde ausgefallen und nur wegen einfachen und nicht verlesender Verleumdung auf Strafe erkannt worden war, legte Lorenzen Berufung ein. Die Berufungsinstanz, das Landgericht in Kiel, fand in Uebereinstimmung mit dem Vorberichter in den harten Ausdrücken eine einfache Verleumdung des Lorenzen nach § 185 des Str. - G. - B. für vorliegend und erkannte deshalb auf 100 M. Geldstrafe, wies aber die Klage wegen verlesender Verleumdung ab und stellte weiter fest, daß gerichtlich anerkannt werden müsse, Lorenzen habe einen literarischen Diebstahl begangen! Ob die nationalliberalen Blätter, welche ihren berühmten Verstarbten und Sozialisten Lütjens stets unter ihre Fittige nehmen, auch diese gerichtliche Feststellung erwähnen werden?

Der grobe Ungehörigkeit als Waffe gegen die Arbeiter. Der vielumstrittene Nachsatz bei Streiknachrichten: „Juzug ist fernzuhalten“ involviret keinen groben Ungehörigkeit. So entschied von neuem das Landgericht Halle in der Sache des Redakteurs vom „Vollblut“, Genossen Weismann. Es handelte sich um einen über den Raumburger Maurerstreik veröffentlichten Vernehmungsbericht, an welchem jener Satz als Schlusswort angehängt worden war. Der Staatsanwalt erblickte nach staatsanwaltlichem Brauch darin sowohl eine Verunwürdigung der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer und beantragte gegen W. eine Haftstrafe von zwei Wochen.

Um sich aus einer augenblicklichen Geldverlegenheit zu helfen, hat der frühere Postbeamte Franz Goldbach zu einem Mittel gegriffen, welches ihn gestern unter der Anklage der Urkundenfälschung und des verjähnten Betruges vor die erste Strafkammer des Landgerichts I stülzte. Der Angeklagte, welcher einer angesehenen Familie aus Wien entstammt, war in einem hiesigen Bankhause beschäftigt, verlor seine Stellung aber am 1. Juni. Er nahm Wohnung im Hotel „Hof zu Habsburg“ in der Hoffnung, daß er wieder Stellung finden würde. Seine Eltern gewährten ihm reichliche Unterstützung. Eines Tages traf er im Hotel mit einem alten Bekannten, dem Kaufmann Moritz Josefsohn aus Arealau zusammen. Dieser erzählte ihm im Laufe der Unterhaltung, daß er in Frankfurt a. O. das Glück gehabt habe, auf dem Bahnhofe seinen Freund, den dort wohnenden Apothekenbesitzer W. zu treffen. Diese Kenntnis machte sich der Angeklagte am folgenden Tage in verwerflicher Weise zu Nutzen. Er hatte nach Hause um Geld geschrieben und wartete mit Ungeduld auf das Eintreffen der Sendung, da er von Mitteln fast entblößt war. Er telegraphirte darauf an den Apothekenbesitzer in Frankfurt und bat ihn um telegraphische Ueberweisung von 200 Mark. Die Depesche unterzeichnete er mit dem Namen Moritz. Der Empfänger, welcher amahnte, daß die Depesche von seinem Freund Moritz Josefsohn herrührte, reiste sofort nach Berlin, um diesem das Geld persönlich zu überbringen. Im „Hof von Habsburg“ erfuhr er, daß Josefsohn bereits abgereist sei und der vom Angeklagten bezogene Scheck nicht mehr einbrachte. Goldbach wurde sofort in Haft genommen. Eine bittere Ironie des Schicksals wollte es, daß inzwischen 800 M. für den Angeklagten eingetroffen waren. Im Termine verurtheilte der Angeklagte, daß er im Falle des Gesingens sich sofort mit seinem Freunde Josefsohn in Verbindung gesetzt haben würde, um dem Apothekenbesitzer das Geld zurück zu erstatten. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Jahre, der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Strauß, erzielte, daß auf sechs Monate Gefängnis erkannt wurde.

Die Musikanten des Hamburger Dampfers „Moravia“, Schmidt und Hamann, sind, wie uns ein Privattelegramm aus Hamburg meldet, zu je drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Sie hatten gemeinschaftlich einen italienischen Zimmer demagen mißhandelt, daß er wenige Stunden darauf starb.

Die Untersuchung in dem bevorstehenden Prozesse Grünenthal ist nun soweit gediehen, daß die zuständige Strafkammer am Landgericht I demnach über die Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem Schwurgericht entscheiden wird. Als Verhandlungstermin ist der 15. September in Aussicht genommen. Zu dem Termine werden verhältnismäßig wenig Zeugen nöthig sein. Grünenthal trägt jetzt theilweise Gefängnisstrafe, auch muß er mit der gewöhnlichen Gefangenenspeise zufrieden nehmen, da von seiner Seite Einzahlungen für ihn gemacht worden sind.

Gefangs- und deklamatorische Vorträge, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft nicht obwaltet, dürfen nach § 33a der Gewerbe-Ordnung in öffentlichen Lokalen nur mit

bestimmter Genehmigung veranstaltet werden. Auf diese Bestimmung berief sich die Polizeiverwaltung von Düsseldorf beim Erlaß einer Verfügung, durch welche sie der Gastwirtschaft Start untersagte, in ihrem Lokal die Sings- und Sologergesellschaft „Die Märzthaler“ auftreten zu lassen. Frau Start strengte darauf beim Bezirksamt Klage gegen die Polizeiverwaltung die Klage an und beantragte die Aufhebung der Verfügung. Sie legte eine Bescheinigung des königlichen Musikdirektors Steinbauer vor, wonach die gesanglichen Leistungen der Sängergesellschaft und der Inhalt der vorgetragenen Lieder eines höheren künstlerischen Interesses nicht entbehren. Der Bezirksamt wies demnach die Klage ab. Er ging von der Erwägung aus, daß stets dann ein höheres Interesse der Kunst nicht obwaltet, wenn die fraglichen Darbietungen vorwiegend der Unterhaltung dienen. Der objektive Werth der Darbietungen sei beim Vorliegen dieses Zweckes nicht entscheidend.

Das Ober-Verwaltungsgericht, an das sich nunmehr die Klage wandte, war aber anderer Meinung. Es könne sehr wohl auch mit einer künstlerischen Darbietung eine unterhaltende Wirkung verbunden sein. Somit könnten die Konzerte der Gesellschaft „Die Märzthaler“ nach dem Gutachten des Musikdirektors Steinbauer unbedenklich als solche angesehen werden, zu deren Veranstaltung es keiner Genehmigung bedürfe. Die Verfügung der Polizei sei demzufolge als unbegründet aufzuheben.

Herr Dr. Sigl im Umgang mit Frauen. Ueber eine Verhandlung vor dem Münchener Schöffengericht berichtet die „M. Fr. Z.“ folgendes: Angeklagt war der Herausgeber des „Bayr. Vaterland“, Herr Dr. jur. J. W. Sigl, wegen Verleumdung und Körperverletzung. Klägerin war das Dienstmädchen (Köchin) Margarethe Ruhland. Der Hergang ist folgender: Die Ruhland, die bei Dr. Sigl im Dienst stand, ist am 28. Mai 1897 abends, wo sie wie gewöhnlich die Hunde ihres Herrn spazieren führte, erst nachts nach 11 Uhr heimgekehrt, da sie Bekamte getroffen hatte. Dr. Sigl und seine Haushälterin Fräulein Julie Weihenbed, waren bereits zu Hause, und da die Schlüssel für geschlossen war, so mußte die Ruhland klingeln. Dr. Sigl öffnete und empfing die Heimkehrende mit den gemeinsten Schimpfwörtern, wie Schlediges Weib, Schlampe, Hejen u. dergl., schlug sie auf den Hinterkopf und packte sie an der Gurgel. Die Ruhland erlitt dadurch Verletzungen, die eine 14tägige ärztliche Behandlung nöthig machten. Sie hat sich aber nicht ungestraft mißhandeln lassen, sondern ist dem Herrn Dr. Sigl mit den Nägeln ins Gesicht gefahren, hat ihn elend zertrübt, in den Ballen der linken Hand gebissen und überdies einen unverschämten Kerl gehehen. Dr. Sigl stellt deshalb Widerklage wegen Verleumdung und Körperverletzung. Er vertheidigt sich damit, daß er behauptete, das ihm nach bayrischem Landrecht zustehende gesetzliche Züchtigungsrecht nicht überschritten und außerdem in Rothwehr gehandelt zu haben. Er schildert die Ruhland als eine ungetreue Person, die ihm u. a. zwei Flaschen Champagner gestohlen und es überhaupt von vornherein darauf abgesehen habe, von ihm Geld zu erpressen. Die Ruhland gestreitet diesen Diebstahl ganz entschieden und erzählt, daß die Haushälterin des Dr. Sigl, Fräulein Weihenbed, in dessen Abwesenheit einen Herrn, mit dem sie öfter verkehrte, nach 8 halb 2 Uhr eingeführt und den Champagner mit ihm getrunken habe. Dr. Sigl habe deshalb eine Animosität gegen sie, weil sie ihn mit seinen Liebeswerbungen abgewiesen habe. Dr. Sigl sei nämlich, während das „gnädige Fräulein“ verweilt war, nachts in ihr Zimmer eingedrungen und habe sie unter den größten Verleumdungen zu verführen gesucht. Als Zeugin wurde das „gnädige Fräulein“, die Julie Weihenbed, benommen. Ihre Aussagen waren belanglos, da sie erst dazugekommen sein will, als der Kampf bereits beendet war. Was die Verletzungen anbelangt, welche die Ruhland erlitten, so bestanden sie nach der Aussage des als Sachverständiger vernommenen Arztes in einer hochgradigen Schwellung des blutunterlaufenen linken Auges, einer Beule im Nacken, sowie Kratzwunden. Von den Hautschlägen herrührende, intensive Kopfschmerzen und Nasenbluten machten das Mädchen längere Zeit arbeitsunfähig. Das Gericht erkannte für Dr. Sigl auf Freisprechung, weil er das ihm nach bayrischem Landrecht zustehende Züchtigungsrecht nicht überschritten habe! Die Ruhland wurde wegen Verleumdung zu 10 M. Geldstrafe event. 2 Tage Gefängnis und wegen Körperverletzung zu 5 M. Strafe event. 1 Tag Gefängnis verurtheilt. Gegen dieses Urtheil will die Ruhland Berufung einlegen.

Der Krieg.

Vor Santiago. Dem „Neuer'schen Bureau“ wird aus dem amerikanischen Lager vor Santiago vom 7. Juli gemeldet: General Schafter theilte dem Kommandanten von Santiago, Toral, mit, daß infolge der Zerstörung der Flotte Cerbera's die amerikanischen Kriegsschiffe jetzt frei mit der Armee gegen Santiago kooperieren könnten und gab Toral Bedenkzeit, um die Kapitulation in Erwägung zu ziehen. Man glaubt, Toral sei entschlossen, Widerstand zu leisten, obwohl General Vando mit seinen Verstärkungen nicht eingetroffen sei, sondern sich auf dem Marich nach Havana befindet. Die Aussichten auf die Kapitulation Santiago's nehmen infolge dessen zu. Das Feuer wurde heute nicht erneuert, obwohl der Waffenstillstand zu Ende sein dürfte. An beide Armeen sollen die Mittheilungen gelangt sein, daß sowohl in Washington als auch in Madrid Verhandlungen über die Friedensbedingungen unternommen sein sollen.

Amerikanische Verstärkungen. Aus New-York wird vom 7. Juli telegraphirt: General Miles geht in der kommenden Nacht nach Charleston ab, um sich von dort nach Santiago einzuschiffen. In Washington glaubt man, Linares werde Santiago übergeben, wenn er die bedeutenden Verstärkungen der amerikanischen Streitkräfte sieht. Von der Marine werden Vorbereitungen getroffen, um die westindischen Gewässer in umfassender Weise nach spanischen Schiffen abzufischen. Der spanische Schooner „Galito“, mit Vorräthen an Bord, wurde auf der Höhe von Isla de Pinos von dem amerikanischen Kanonenboot „Eagle“ genommen.

Obgleich das Feuer vor Santiago eingestellt sei, werde auf beiden Seiten die Arbeit fortgesetzt, um die Batterien und die Verstärkungen zu vollenden. Die Amerikaner hätten ihre Stellungen in den letzten 48 Stunden erheblich verstärkt, ihre Batterien auf dem Abhang beherrschten die Stadt. Mittwoch Abend sei die Division Lawton um 600 Mann vergrößert. Der Waffenstillstand sei bis Sonnabend Mittag verlängert worden.

Das Geschwader Camara's, die letzte größere Seemacht, die Spanien noch besitzt, liegt nach Weidung aus Ismailia einige Meilen von Suez entfernt vor Anker.

Die Kämpfe in Manila dauern fort. Eine Depesche des Admirals Dewey meldet, daß die amerikanischen Verstärkungen bei Cavite gelandet seien. Die kriegerische Thätigkeit der Aufständischen dauere fort. Aguinaldo habe die Republik proklamiert.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 8. Juli. (M. F. B.) Der „Hamburgische Correspondent“ meldet: In Dittensen verhaftete der Polizei-Inspektor Engel den Handlungs-Kommiss J. Ar. aus Vinken bei Hannover bei Veranlassung eines falschen Fünfmark'scheines. Die Nachforschungen führten zu der Entdeckung einer Fälschungs-Workstätte in der Einshütterer Uthaussee, wo Lithographische Kunst vertrieben wurde. Falsche Fünfmark'scheine und 10 Pfennig - Postmarken gefunden wurden, fälsche Postmarken und 150 falsche Fünfmark'scheine wurden beschlagnahmt. Die Scheine tragen sämtlich die Nummer: „J. 159 351, Berlin, 13. Januar 1882.“

Wien, 8. Juli. (M. F. B.) Wie die Abendblätter aus Olmütz melden, kam es gestern Abend neuerdings zu Außerordnungen. Die Exzedenten besaßen die Polizei mit Steinen. Die Polizei machte von der Waffe Gebrauch, verlegte einen Exzedenten und nahm mehrere Verhaftungen vor.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Stärke der landwirtschaftlichen Interessen in Deutschland.

Die eben erschienene Bearbeitung der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1895... eine unerhöfliche Zunahme für die wertvollsten statistischen Feststellungen...

welcher Prozentsatz der Bevölkerung in seiner Lebenshaltung dem eigentlichen mit dem Bedeuten der Landwirtschaft unmittelbar verknüpft ist.

Darüber werden die übertriebenen Vorstellungen zuweilen verbreitet, und sie liegen auch nahe, denn selbst die Statistik vom 14. Juni 1895 verzeichnet nicht weniger wie 5556900 landwirtschaftliche Betriebe mit 32,51 Millionen Hektaren zugehöriger Fläche...

Aber das Einkommen, die Lebensweise aller dieser Schichten wird offenbar bestimmt durch die allgemeine Industrieentwicklung...

Schon ein Blick auf die verschiedenen Größenklassen zeigt, daß weitaus die meisten „Betriebe“ unter die Grenzlinien fallen...

Wir wollen uns an diese Gruppierung halten, jedoch die Verzeilen noch weiter teilen, da Betriebe unter 2 Hektaren (7,84 preussischen Morgen)...

Wir wollen uns an diese Gruppierung halten, jedoch die Verzeilen noch weiter teilen, da Betriebe unter 2 Hektaren (7,84 preussischen Morgen)...

Table with 4 columns: In der Größenklasse, gab es Betriebe, mit landwirtsch. bes. nutziger Fläche, mit Gesamtfläche. Rows show various size classes from under 0.1 Ar to 100 and more Hektaren.

Auf Prozente umgerechnet, wirkt die Tabelle noch eindringlicher. Wir verzeichnen für jede Größenklasse unter:

- a) wieviel Prozent aller 1895 gezählten Betriebe in ihr stecken;
b) wieviel Prozent aller „landwirtschaftlich“ benutzten Fläche auf sie entfallen;
c) wieviel Prozent der „Gesamtfläche“ sie umschließt.

Table with 4 columns: pCt. der Betriebe, pCt. der Fläche, pCt. der Gesamtfläche. Rows show percentages for various size classes.

Nicht weniger wie 45,49 pCt. aller Betriebe erreichen mithin noch nicht den Umfang von 1 Hektar. Diese 2528061 kleinsten Betriebe umfassen denn auch nur 2,49 pCt. der landwirtschaftlich genutzten, oder 2,64 pCt. der gesammten Bodenfläche...

*) Die Landwirtschaft im Deutschen Reich, Statistik des Deutschen Reichs, Neue Folge, Band 112.

Indes wird man hierbei immer auf ziemlich unbestimmte Anhalte zur Abschätzung der eigentlichen landwirtschaftlichen Unternehmungen angewiesen sein. Die Flächenausdehnung besagt an sich sehr wenig über den Charakter des Betriebs...

Wir finden alsdann, daß die Industriebevölkerung — das heißt die Bevölkerung, die ihrer „hauptfachlichen“ Tätigkeit nach der Industrie (bzw. auch dem Bergbau, Hütten- und Gießereiwesen) angehört — nicht weniger wie 1494668 Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe stellt...

Aus dem Handel — das heißt abermals: aus den hauptfachlich dem Handel sich nähernden Personen — stammen 148406 Inhaber sogenannter landwirtschaftlicher Betriebe...

Der Verkehr stellt 134890 Verkehrler oder 2,42 pCt. (0,59 pCt. selbstständig, 1,83 pCt. unselbständig). Es handelt sich hier auf der einen Seite hauptsächlich um Posthalter, Personen- und Frachtfuhrwerksbesitzer...

Die Gast- und Schankwirtschaft ist mit 73082 Betrieben oder 1,31 pCt. vertreten. Die Unselbständigen treten hier fast ganz zurück. Der Umfang der Betriebe ist, wie vorher auch beim Verkehr, vielfach gar kein unbeträchtlicher.

Unter wechselnder Lohnarbeit und nicht bei ihrer Herrschaft wohnenden Dienenden für häusliche Dienste (Aufwartefrauen etc.) stehen 80727 Betriebe, 0,68 pCt.

Eine hohe Zahl (359400, das sind 6,47 pCt. aller Betriebe) finden wir dann noch unter „anderen Berufsarten“. In Betracht kommen hierbei vornehmlich Rentner und Altersheiler, die etwas Grundbesitz haben, ferner Lehrer und Pfarrer...

Das sind 2241923 Betriebe (40,84 pCt.), deren Inhaber selber angeben, daß sie „hauptfachlich“ auf andere Berufstätigkeit wie die landwirtschaftliche angewiesen sind. Die Ziffer reicht betnahe an die oben mittgetheilte Summe heran...

Dieser Abzug würde jedoch doppelt und dreifach aufgewogen werden dadurch, daß wir auch alle Betriebsinhaber, die ihrem Hauptberufe nach als „Unselbständige der Landwirtschaft“ gezählt worden sind, bei dem heutigen Stande der ökonomischen Entwicklung in Deutschland ruhig zu den Personen rechnen können...

Während die Preise der meisten Agrarergüsse gesunken sind, während auch die Grundrente vielfach rasch herabgegangen ist, hat der ländliche Arbeitslohn seine eigene Bewegung...

Die Baare Arbeitskraft wandert gewiß nicht so leicht nach dem Orte des höheren Preises, wie etwa ein Vollen Baumwolle oder ein Saad Wehl. Die Preisausgleichung vollzieht sich daher auch ganz anders und unter viel größeren Störungen...

Dann verblieben von den 5,56 Millionen nur noch 2498987 eigentliche landwirtschaftliche Betriebe (44,97 pCt.), deren Inhaber selbstständig sind und ausdrücklich die Landwirtschaft als ihren Hauptberuf bezeichnen. Dazu würden allenfalls noch die 31746 Betriebe (0,57 pCt.) der „Selbständigen“ der Gärtnerei, Thierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei treten...

Wie weit sind die Selbständigen der Landwirtschaft (I) und der Gärtnerei, Thierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei (II) an den einzelnen Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe beteiligt? Wir stellen darüber folgende Uebersicht zusammen:

Table with 6 columns: Größenklassen, Inhaber landwirtsch. Betriebe überhaupt, Darunter I, II, Von 100 Betriebsinhabern jeder Größenklasse also I, II. Rows show distribution across size classes from under 0.1 Ar to 1000 and more Hektaren.

Selbst in der Größenklasse von 1 bis 2 Hektaren sind also erst 43-44 pCt. der Betriebe in den Händen von Personen, die in der Landwirtschaft ihren Hauptberuf sehen und selbstständig sind.

Wenn wir so die eigentlichen landwirtschaftlichen 2 1/2 Millionen Betriebe abgezogen haben gegen die über 5 1/2 Millionen landwirtschaftlichen Betriebe der Statistik, so ist damit natürlich keineswegs gesagt, daß die 2 1/2 Millionen irgendwie gleichartige In-

teressen, etwa gar an hohen Getreidepreisen hätten. Hierüber haben wir uns heute nicht auszulassen.

Zu erwähnen wäre jedoch noch die starke Vertretung von „Nebenberufen“, selbst unter diesen 2 1/2 Millionen selbstständigen Landwirten. Es sind nicht weniger wie 502296 Fälle, die verzeichnet werden. Also ein Fünftel (20,10 pCt.) aller hier aufgeführten Landwirte im Hauptberuf sind noch anderweit erwerbshätig...

Da es die Leser des „Vorwärts“ besonders interessieren wird, fügen wir als Anhang die Ziffern bei; wie weit die Arbeiter und Beamten der Industrie, des Bergbaues, des Hütten- und Gießereiwesens Bodenbesitzer oder vielmehr Bodenbewirtschaftler sind.

Nach dem oben Mitgetheilten stellen sie zur Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebsinhaber 14,23 pCt. Die von ihnen bebauten Landflächen gehören zumeist den Größenklassen unter 1 Hektar an...

Was speziell die Verteilung der eigentlichen industriellen Arbeiter (also der Gesellen, Gehilfen, ungelernen Arbeiter) an der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebsinhaber betrifft, so ist dieselbe aus folgendem ersichtlich:

Table with 3 columns: Größenklassen, absolut, Prozent sämtl. landw. Betr.-Inhaber. Rows show distribution of industrial workers across size classes.

Das Hauptkontingent stellen zu diesen nebenher Landwirtschaft treibenden Industrie-Arbeitern Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter mit rund 167000 Berg- und Hüttenarbeiter mit rund 144000...

Gegen den Durchschnitt sind die Industrie-Arbeiter an der Bodenbewirtschaftung besonders beteiligt in Westfalen, wo fast ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebsinhaber Industrie-Arbeiter sind...

Als „selbständige“ Industrielle, die nebenher Landwirtschaft betreiben, werden die Hausgewerbetreibenden besonders aufgeführt. Sie sind der absoluten Zahl nach ziemlich häufig in den Regierungsbezirken Breslau, Liegnitz, Erfurt, Minden, Arnberg...

Literarisches.

Wolfgang Heine. Die Sozialdemokratie und die Schichten der Studierten. Zweite, ergänzte Auflage. Berlin 1898, Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Steinstr. 11.

Die großen Künfte der Ausführenden unseres Genossen Heine in der von Seiten der sozialistischen Akademiker einberufenen Versammlung vom 25. Mai vorigen Jahres in den Kreisen der Partei genossen und weit darüber hinaus gefunden haben, beweist am besten die Tatsache, daß die erste Auflage der Broschüre, die seinen Vortrag im Vorlaut wiederbrachte, bereits nach wenigen Wochen vergriffen war. Noch weit lebhafteres Interesse dürfte die neue Auflage beanspruchen, die wesentlich erweitert ist und auch die von gegnerischer Seite in einer späteren Versammlung erhobenen Einwände widerlegt. Und in der That ist das, was Heine über die materialistische Geschichtsauffassung und die Klasseneinteilung der Schichten der Studierten, über den Internationalismus der Sozialdemokratie, über ihre Stellung zur Monarchie und ihre revolutionäre Richtung sagt, einfach musterhaft. Sollten unsere Gegner sich über die wahren Ziele der Sozialdemokratie überhaupt belehren, so wäre ihnen hier ein Leitfaden gegeben, der sie befähigt, die Sozialdemokratie so zu beurteilen, wie sie wirklich ist, nicht aber so, wie sie sich in den Augen des weitläufigen größten Teiles der bürgerlichen Gesellschaft wieder spiegelt. Von ganz besonderer Wichtigkeit erscheint uns die Kritik der national-sozialen Partei, mit welcher sich unsere Parteischriften bisher so gut wie nicht beschäftigt haben. Die akademische Jugend, die nicht den Wuth besüßigt, sich gegen die Sozialdemokratie zu bekennen, und die deshalb, soweit sie nicht von elendem Strebergeiste besetzt ist, vielfach zu Herrn Raumann hält, wird aus den Heine'schen Darlegungen die Erkenntnis schöpfen müssen, daß ihr eigenes Interesse sie treibt, sich der Partei des Proletariats anzuschließen, weil sie einzig und allein von dieser Partei eine Errettung der Kultur hoffen kann. Diejenigen Akademiker, die zwar mit den Zielen der Sozialdemokratie harmonieren, aber aus einem gewissen Intimität heraus vor dem letzten Schritte, dem Anschluß an unsere Partei, zurückzusehen, werden allmählich zu der Einsicht gelangen müssen, daß die Studenten keine Partei für sich bilden dürfen, da sie „der Zahl nach zu schwach sind und den ausschlaggebenden Interessen des wirtschaftlichen Lebens zu fern stehen“. Dies in überzeugender Weise nachgewiesen zu haben, ist der eine Vorzug der Schrift; der zweite besteht darin, daß sie geeignet ist, die noch theilweise zu Tage tretende Abneigung der Arbeiter im engeren Sinne gegen die Akademiker abzuschwächen, weil sie den Beweis dafür liefert, daß der Studierte genau dasselbe Interesse an der Vereitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hat, wie der eigentliche Arbeiter. Aus diesen Gründen wünschen wir der Schrift eine möglichst weite Verbreitung sowohl in den Kreisen der Arbeiter, als auch in denen der Studierten, mögen sie sich bereits unter der Fahne der Sozialdemokratie gesammelt haben oder mögen sie noch unerschlossen bei Seite stehen. P. H.

Kommunales.

Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag. Für diejenigen Gemeindeglieder, welche in geistiger oder körperlicher Hinsicht dem Lehrplanausschuss mit Erfolg nicht zu folgen vermögen, soll befallig ein besonderer Unterricht in Nebenstunden eingerichtet werden. Das Magistratskollegium hat beschlossen, daß nach Beendigung der Schulferien die bezüglichen Einrichtungen getroffen und zunächst für jeden der 10 Schulinspektionsbezirke in zwei solcher Klassen der entsprechende Unterricht eingeführt werden soll.

Das Magistratskollegium hat aus seiner Mitte eine Deputation von sieben Mitgliedern gewählt, um die Frage zu erörtern, inwiefern sich die Stadtgemeinde Berlin bei der Anlage des Berlin-Stettiner Schiffsahrtskanals beteiligen soll. Ferner hat die Deputation im weiteren den Auftrag erhalten, dahin Bericht zu erstatten, ob die hiesige Stadtgemeinde an der Garantieleistung des Kostenanwandes für die Anlage des Mittellands-Kanals sich zu beteiligen habe.

lokales.

Die Adressen der Wahlkommissions-Mitglieder sind für den I. Wahlkreis:

August Taterow, Kommandantenstr. 40.
Karl Wold, Kanonenstr. 13, vorn 3 Tr.

II. Wahlkreis.

Gustav Vartisch, Goltzstr. 28.
Ferdinand Ewald, Schönleinstr. 8.

III. Wahlkreis.

Ad. Wartenberg, Louise-Platz 39.
Wilhelm Schönlager, Mariannen-Platz 5.

IV. Wahlkreis.

Paul Hoffmann, Doppelnerstr. 21.
W. Schulz, Weidenweg 5.

V. Wahlkreis.

Ad. Roth, Schönhauser Allee 2.
Leop. Piepmann, Ebnenstr. 25.

VI. Wahlkreis.

H. Dornbusch, Papevallerstr. 9.
Karl Leid, Goldnerstr. 87.

Nieder-Varnim.

Robert Pasewaldt, Weissensee, Wilhelmstr. 3.
Emil Gerstberger, Weissensee, Streustr. 120.

Teltow-Weesow.

Otto Gärke, Charlottenburg, Wallstr. 68.
Otto Jungandreas, Rixdorf, Prinz Handjerystr. 54.

Die Ferien sind da! Das heißt für alle, denen es die günstigen Verhältnisse gestattet, die Arbeit in den heißen Tagen Arbeit sein zu lassen und sich drüben, in der ozeanischen Luft der Sommerfrische Kraft und Stärkung für das folgende Arbeitsjahr zu holen. Alle, die nicht ihren Platz in Büroräumen haben oder Lehrstellen ausfüllen, müssen auch weiter in der wachsenden Sommerhitze vor dem drohenden Kesselfeuer säuwigen, auf den Bauten im Sonnenbrand stehen oder die Maschinen bedienen und am Vertisch und Schraubstößel hocken. Und auch so mancher von denen, die im Komptoir sitzen, muß auf seinem Drehschemel bleiben, wenn er nicht einen glühenden Chef hat, der ihm dann vielleicht vierzehn Tage Urlaub gibt und das Gehalt für diese vierzehn Tage abzugeben nicht verweigert. Und trotzdem gerade der Sommer den Komptoiristen und Ladenbedienten zeigen sollte, weh es ein gewaltiger Unterschied zwischen ihnen und ihren Herren Chefs besteht, wollen sich doch viele immer noch nicht zu den Proletariaten rechnen, danken sich viele immer noch mehr zu sein. Und so kann es denn nicht ausbleiben, daß ihnen dieser Dünkel ihrer zu stehen kommt, daß sie von einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihres Standes gar nicht reden können — weil ihr Dünkel sie davon abhält, sich der Arbeiterbewegung anzuschließen, um endlich menschenwürdige Zustände in ihrem Gewerbe herbeizuführen. Es ist traurig, daß es immer noch so viele Menschen giebt, denen man erst klar machen muß, wie schlecht es ihnen wirklich geht, die erst aus ihrem verblendeten Fortriedensdünkel und ihrer Gleichgültigkeit aufgerüttelt werden müssen. Wie giebt es eine bessere Gelegenheit dazu, als jetzt in den Ferien, zu dieser ihrem eigenen und der Gesamtheit Nutzen nötigen Arbeit, als gehe man mit den geistig Trägern nach den Straßen des Westens, wo die Pfortnerwohnung in Erdgeschloß das einzige Leben im Hause aufweist, sonst aber die Straßen tot und verwaist sind. Und dann erinnere man die Gleichgültigen und Stumpfen an ihre dumpfen Komptoire und stichigen Verkaufsräume — der Anschauungsunterricht soll ja bekanntlich der beste sein und am meisten Früchte tragen.

Man könnte nun als Trostmittelchen ansühren, daß zwar nicht die Großen ihre Ferien bekommen, doch wenigstens aber alle Kleinen, ohne Unterschied, ihren Urlaub haben. Aber was ist das für ein Urlaub! Wir gönnen es gewiß den Kindern der Vermitteln von Dingen gern, wenn sie sich an der See, in den Bergen und sonstigen sommerlichen Aufenthaltsorten vom Schuldrill erholen können. Aber wir müssen es für die Kinder der Arbeitenden mit Recht ganz energisch fordern, daß auch sie das Schöne der Ferien, das Erfrischende der Natur genießen können. Gewiß, die Ferienkolonien sind eine ganz schöne Einrichtung. Den guten Willen, wenn es immer guter Wille der sich an den Kolonien Beteiligenden ist, kann man gewiß anerkennen. Aber was sind die zwei- bis dreitausend Ferienkolonisten bei den vielen tausenden Volksschülern? Ein Tropfen aus einem See geschöpft!

Und wie verleben denn nun unsere Volksschüler die Ferien? Einige gewigte Menschen handeln mit Fliegenstößen — eine Ferienerschleimung der Großstädte. Die übrige große Masse aber drückt sich nun anstatt in den Schulstunden in der elterlichen Wohnung, oder, wenn der Wirt wirklich ein Kinderfreund ist, was ja nicht allzu häufig vorkommen soll, auf den sommerlichen, dumpfigen Sofas herum. Die Wenigen, die in der glücklichen Nähe der spärlichen öffentlichen Gärten wohnen, tummeln sich dort, die an der Reichbildgrenze wohnen, ziehen auch wohl hinaus auf brachliegende Baumplätze. Aber solche Plätze sind auch nicht zu dicht gefast, und so ist denn im großen, ganzen das Ergebnis der Ferien, daß der Lehrer der Volksschule nach den Ferien fast dieselben gleichen, höflichwängigen Gesichter vor sich hat, wie vorher.

Nur ganz wenige sind von der Sonne gefärbt. Und unter ihnen sind jene Kinder, die für 60—80 Pf. Wochenlohn auf dem Lande Ankrast färbten und sonst von früh vier Uhr bis gegen sechs und sieben Uhr abends der „nothleidenden“ Landwirtschaft halfen. Anstatt, daß sie sich erholt haben, sind sie nur abgejagt worden.

Die Gewerbe-Aufsicht in Berlin-Charlottenburg wurde im Jahre 1897 von 8 Beamten (1896 von 7) ausgebaut und sollte sich auf 8373 Anlagen erstrecken, davon 4808 fabrikmäßige Betriebe, 1465 Bäckereien und seit dem 1. Juli 1897 2100 Konfektions-Betriebe; in allem zusammen wurden 188 937 Arbeiter beschäftigt. Die durchaus ungenügende Zahl von Aufsichtsbeamten veranlaßte, daß nur 3274 = 39,1 pCt. der revisionspflichtigen Anlagen revidiert wurden, in denen 96 421 Arbeiter = 51 pCt. der Gesamtarbeiterzahl thätig waren. Unter den revidierten Anlagen befanden sich 279 Bäckereien = 19 pCt. der vorhandenen, und 168 Konfektionsbetriebe = 8 pCt. der vorhandenen! Der amtliche Bericht behauptet, daß die Revisionsfähigkeit der Gewerbe-Aufsichtsbeamten durch die der Polizeibeamten in wirklich samer Weise ergänzt werde, welche jede Fabrik, jede Bäckerei und jede Konfektionswerkstätte jährlich mehrmals revidieren. Von dieser „Wirksamkeit“ der polizeilichen Revisionen haben aber die Arbeiter nichts oder nur sehr wenig gespürt, wie die Zustände in so vielen Berliner Werksstätten, ganz besonders aber in den Bäckereien, beweisen! Nach dem entlastenden Lobe, das der Bericht der Berliner Polizei giebt, könnte man eigentlich die Gewerbe-Aufsicht überhaupt zu Gunsten der Polizei abdanken! Wenn die erstere doch nur ein Drittel der Betriebe

revidiert und zwei Drittel „in wirksamster Weise“ durch polizeiliche Revisionen ergänzt werden, dann könnte das erste Drittel auch noch durch unsere Schulreife Ueberwachung finden? Wir hätten nicht erwartet, daß die Gewerbe-Aufsichtsbeamten ihre eigene Thätigkeit so niedrig einschätzen, daß sie, zu deren Ausübung so umfangreiche Vorbildung verlangt wird, nun von jedem einfachen Schutzmann ersetzt werden könnten. Die Berliner Gewerbe-Inspektion hätte, anstatt die völlig unzureichende Revidierung der hiesigen Betriebe in solcher Weise zu beschönigen, vielmehr die Pflicht, energisch zu fordern, daß die Vermehrung der Beamtenzahl in ausreichender und weit rascherer Weise als bisher erfolgt. Gerade weil dies nicht geschah und weil infolge dessen die Arbeiter so wenig von dem Vorhandensein einer Gewerbe-Aufsicht spüren, ist auch der Verkehr der Arbeiter mit den Aufsichtsbeamten ein so außerordentlich geringer. Nur 24 Arbeiter sind im ganzen Jahre auf das Bureau des Gewerbe-Inspektors in Berlin gekommen! „Im allgemeinen“, heißt es im Bericht, „ziehen die Arbeiter es vor, sich schriftlich an die Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu wenden“. Diese schriftlichen Eingaben mögen auch nur sehr vereinzelt vorgekommen sein, denn mit einer hohen Ziffer hätte der Bericht sicherlich paradiert. Uebrigens hat sich in diesem Jahre der Verkehr der Aufsichtsbeamten mit den Arbeitern bereits sehr gehoben, weil die Gewerkschaftskommission in Berlin die Uebermittlung der Beschwerden übernommen hat; mit Hilfe dieser Vertrauenskörperschaft der Arbeiter werden auch die Gewerbe-Aufsichtsbeamten ein ihren Leistungen entsprechendes Vertrauen bei den Arbeitern gewinnen. — Auf Einzelheiten des Berliner Berichts kommen wir in den nächsten Tagen zurück.

Die Klage der Stadtverordneten-Versammlung gegen den Magistrat wegen Veranlassung des seinerzeit gefaßten Beschlusses betreffend die Niederlegung eines Kranzes auf den Gräbern der Märzgefallenen durch eine Abordnung der Gemeinde-Vertretung wird, wie angekündigt, das Ober-Verwaltungsgericht in seiner heutigen Sitzung beschäftigen. Wie erinnerlich, war der Magistrat dem Beschlusse der Stadtverordneten vom 29. Dezember v. J., auf dem Friedhofe der Märzgefallenen einen Denkstein zu setzen, nicht beigetreten, war vielmehr am 25. Januar d. J. an die Versammlung mit der von einer gemischten Deputation beschlossenen Vorlage hergetreten, welche lediglich die bauliche Instandsetzung des Friedhofes empfahl. Nachdem diese Vorlage angenommen worden, stellten die Stadtverordneten Petrus und Senfow in der Sitzung vom 17. März d. J. den Antrag, am folgenden (50-jährigen Gedent-) Tage durch eine Abordnung der Versammlung einen Kranz auf den Gräbern der Märzgefallenen niederlegen zu lassen. Dieser Antrag wurde mit 58 gegen 41 Stimmen angenommen. Unmittelbar nach Verkündung dieses Resultats verließ Oberbürgermeister Jelle ein Reskript des Oberpräsidenten, welches, auf Zeitungsnachrichten bezug nehmend, den Magistrat anwies, „einen etwaigen Beschluß dieser Art, möge er sich nun dem eingehenden Antrage unmittelbar anschließen oder etwas dem Inhalte oder Zwecke nach ähnliches zum Gegenstande haben“, auf Grund des § 15 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1903 zu beanstanden — „und zwar derart, daß die Veranlassung in derselben Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, unmittelbar nachdem diese den Beschluß gefaßt hat, ausgesprochen“ werden sollte. Diese Maßnahme schloß der Oberpräsident auf den § 35 der Städte-Ordnung, nach welchem die Stadtverordneten nur über Gemeindeangelegenheiten zu beschließen haben; in der Niederlegung eines Kranzes erblickte der Oberpräsident aber eine „politische Demonstration zur Verherrlichung der Revolution“. Die Klage wird an Stelle des beanstandeten Stadtverordneten Justizrat Meyer der Stadtverordnete Rechtsanwalt Hugo Sachs vertreten; der beklagte Magistrat, der in der fraglichen Angelegenheit durchaus den Standpunkt der Stadtverordneten theilt und daher Gründe gegen sich nicht geltend zu machen vermag, wird, wie ein Verichtersteller meldet, einen Vertreter nicht entsenden; dafür wird ein vom Oberpräsidenten bestellter Regierungskommissar aus Potsdam erscheinen.

Die sechs Scheinwerfer für die elektrische Beleuchtung des Wassersturzes im Viktoriapark sind jetzt an verschiedenen Stellen neben der Wassertrinne aufgestellt. Sie befinden sich in lastenartigen kleinen Holzhäusern, deren Vorderwand durch Charniere zur Hälfte geöffnet werden kann. Vor jedem Scheinwerfer ist eine kreisrunde drehbare Glaslinse, die in fünf verschieden gefärbte Felder getheilt ist, so daß das Wasser abwechselnd in rothem, grünem, gelbem, blauem und weißem Licht erstrahlen wird. Die einzelnen Glasfelder haben die Form von Kreisabschnitten, laufen also von der Peripherie nach dem Mittelpunkte hin zu. Die Scheiben bestehen nicht aus einem Stücke, sondern sind aus fünf Streifen zusammengesetzt, damit sie bei der Erwärmung, die ja eine Ausdehnung zur Folge hat, nicht springen. Eine Probelerleuchtung wird vielleicht schon heute, Sonntag Abend, stattfinden.

Die leichtere Sommeruniform für Postunterbeamte soll, wie wir der postoffiziellen D. V. Z. entnehmen, im nächsten Jahre zur Einführung kommen. Die bestehenden Lieferungsverträge für Uniformen sollen von der Ober-Postdirektion gekündigt werden. Es sind über die Einführung einer leichteren Sommeruniform für Postbeamte schon so oft Zeitungsmeldungen gebracht worden, daß man auch wohl an der Richtigkeit dieser Nachricht vorläufig zweifeln muß.

Wegen übermäßig schnellen Fahrens wurden vom 1. April bis 30. Juni in Berlin fünf Personen zu 30 M., eine zu 40 M., eine zu 60 M. und zwei zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt. Ferner erhielten eine Person 3 Tage, zwei 7 Tage und zwei 3 Wochen Haft. Die Verurtheilten waren sechs Rauscher, fünf Schlächter, ein Japfer, ein Buchhalter und ein Remfahrer.

Das älteste Berliner Panorama-Gebäude, das bald nach dem Abbruche von 1870/71 in der Herwarthstraße 4, gegenüber dem Generalfeldzeugamt errichtet wurde, wird jetzt abgebrochen, um einen großen modernen Wohnhausplatz zu machen. Die Kriegspanoramen ziehen schon lange nicht mehr nach Wunsch.

Die technischen Vorarbeiten für den Neubau der königlichen Bibliothek in Berlin werden, wie die „Nat. Ztg.“ schreibt, eifrig betrieben. Es handelt sich dabei um einen Bau von sehr erheblicher Größe. Schon jetzt müssen, abgesehen von den Räumen, welche zur Benutzung der Schätze der großen Bücherei erforderlich sind, 2 1/2 Millionen Bände untergebracht werden. Mit Rücksicht auf die stetige starke Zunahme des Bücherbestandes muß aber Raum für mindestens vier Millionen Bände geschaffen werden. Unter diesen Umständen ist natürlich die Wahl eines geeigneten Bauplatzes von besonderer Bedeutung, und es fragt sich, ob das ursprünglich für den Bau andererseits Grumbüchel der jetzigen Kunstakademie unter den Linden sich für ein so großes Gebäude als ausreichend erweisen und ob nicht vielmehr die Wahl sich auf ein anderes Gelände zu lenken haben wird. Die Entschließung über die Wahl des Bauplatzes wird jetzt bautechnisch vorbereitet.

Von einer beachtenswerten Geschäftspraktik weiß die „Berl. Ztg.“ zu berichten: „Einer bekannten Maschinenfabrik im Norden Berlins widerfuhr vor einiger Zeit das Unglück, daß Eindrehen Rechts den Privatwächter der Fabrik überumpelten, durch Streubildung unschädlich machten und den großen „diebstahlsicheren“ Kassenkranz des Komptoirs andräumten. Der Inhaber der Fabrik beauftragte ein hiesiges Bureau mit den einschlägigen Recherchen. Als der Leiter der Untersuchung sich nach der Firma, die den Kassenkranz geliefert hatte, erkundigte, bedankte sich der Auftraggeber, da er sich verpflichtet, den Namen nicht zu nennen. Als der Kriminalist nicht nachließ, erklärte der Herr, er habe die Hälfte der gehoblenen Summe bereits wiedererhalten am Morgen nach dem Diebstahl und zwar von einem eigens entsandten Agenten der — fraglichen Kassenkranz-Fabrik. So wird's gemacht!“

In den rätselhaften Verlust einer Summe von 1300 M. dürfte der bisherige Bureauvorsteher S. der Berliner Paderfahrt-Gesellschaft sein Leben lang zu denken haben. S. verwaltete die Filiale der Gesellschaft in der Schönhauser-Allee. Kürzlich entdeckte er beim Kassenausschluß den Verlust von 1300 M. Das Verschwinden des Geldes erscheint um so unerklärlicher, als eine fremde Person

zu der Kasse durchaus keinen Zutritt hatte und die etwaige Anwesenheit eines Bureaubeamten ebenfalls nicht in Frage kommen dürfte. S. wurde seiner Stellung daraufhin enthoben mit der Bedingung, daß er als Paderfahrtsmitglied der Gesellschaft weiterhin thätig sei. Den verloren gegangenen Betrag muß er vollständig ersetzen, indem sein festgesetzter Gehalt um monatlich 10 M. gekürzt wird, so lange, bis die verschwundene Summe vollständig getilgt ist.

Eine Gasexplosion, die leicht verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen konnte, ereignete sich Freitag früh 5 Uhr 15 Min. in der Dordt hat in einem Parterrezimmer des rechten Seitenflügels der Armenwärtcher Kantine seine Dienststube. Zwei Gaslampen trugen sog. Bugle-Glasstrümpfe, die sich von selbst entzündten, sobald ein bestimmter Gasdruck auf sie einwirkte. Von einem der beiden Gasarme führte ein Gas Schlauch nach dem Schreibrüst des Wohnungsinhabers, um dort eine dritte Lampe zu speisen. In gewohnter Weise wurde das Dienststübchen Donnerstag Abend nach dem Dienstscheit geschlossen, um das Gas abzustellen. Das sonst sehr gewöhnliche Mädchen hatte nun aber, wie sich nachträglich herausstellte, die Gaszuführung zu dem Schreibrüst irrtümlicherweise wieder hergestellt, nachdem die Lampe ausgestellt war. Infolge dessen hatte sich über Nacht das Zimmer mit Gas gefüllt und als der genügende Druck auf den Glasstrümpfen ruhte, entzündeten sie sich, wodurch unter gewaltiger Detonation eine Explosion die angesammelten Gase erfolgte. Sämtliche Fensterscheiben flogen in den Garten, die eine Wand wurde stark nach außen gedrückt und die Decke stark beschädigt. Wäre die Explosion später erfolgt, hätte sie vielleicht dem Wohnungsinhaber, der sein Zimmer gewohnheitsgemäß mit brennender Zigarre betritt, verhängnisvoll werden können. Das durch die Explosion entstandene geringfügige Feuer wurde durch zwei im Hause wohnende Feuer-männer schnell beseitigt.

Im Hintergarten sich zu erschließen versuchte am Freitag Nachmittag der 20-jährige Kaufmann Paul Unger. Der junge Mann bezog am 1. d. M. abends um 10 Uhr bei dem Wiltshofbräuere Seufleben in der Elisabethstr. 24 ein möbliertes Zimmer. Da er gar keine Sachen hatte, so erinnerte ihn die Frau am Sonntag an die Miete. Abends brachte er sie dann auch mit dem Bemerkten, daß er von seinen wohlhabenden Eltern in Lichtenrade im Kreise Teltow Geld geholt habe. Unger, der gut erzogen ist, aber einen eigentümlichen Eindruck machte, erzählte den Wirtshofleuten, daß er stellunglos sei und mit seinem früheren Prinzipal in Klage liege. Er pflegte morgens auszugehen und mittags auf kurze Zeit zurück-zukehren. So auch gestern. Nachmittags jagte er sich dann am Goldschneid eine Revolverkugel in die linke Seite des Unterleibes. Von einem Schutzmann des 88. Regiments wurde er besinnungslos in ein Krankenhaus gebracht.

Diebstahl. Das Polizeipräsidium theilt mit: In der Nacht zum 29. Juni d. J. wurden als muthmaßlich gestohlen beschlagnahmt eine größere Menge Plättchen, Plättchen, schwarze Kostüme, sowie verschiedene blau emailirte Trinkgefäße. Sämtliche Gegenstände befanden sich in einem ungezeichneten leinenen Sack. Die bisher unbekanntem Eigentümer dieser Sachen werden hierdurch ersucht, sich möglichst umgehend bei dem Polizeipräsidium, Kriminalabteilung, Zimmer 300, zu melden.

Straßenverengungen. Die Kitzowbrücke wird behufs Erneuerung des Belages und der Lagerböden vom 11. d. M. ab bis auf weiteres für Fahrzeuge und Reiter gesperrt. Desgleichen der südwestliche Damm der Reherstraße von der Prenzlauer Allee bis zur Straßburgerstraße.

Urania. Um den Schülern Gelegenheit zu geben, die Experimentier- und naturkundlichen Sammlungen in den Ferien besuchen zu können, beginnen die Sommerferien der Urania (Taubenstraße) erst am 18. Juli er. Im wissenschaftlichen Theater wird in dieser Woche noch der dekorative Vortrag „Vom Ratterhorn zur Jungfrau“ zur Aufführung gelangen. Die Sternwarte der Urania (Invalidenstraße) bleibt die ganzen Ferien hindurch geöffnet.

Im Vortragssaal der „Trepow-Sternwarte“ spricht Sonntag, den 10. Juli, nachmittags 5 Uhr Direktor K. S. Archonhald über „Die Kometen und die Weltuntergangs-Prophezeiungen“ und abends 7 Uhr zum ersten Male über „Die Sternbilder bei den Chinesen und bei uns“. Im Anschluß an den Vortrag finden auf der Plattform der Sternwarte praktische Uebungen im Erkennen und Auffinden der Sternbilder statt.

Im Passagepanoptikum ist seit kurzem wieder ein Variété-Theater eingerichtet, das sich durch Darbietung gut ausgewählter Spezialitäten Beachtung zu erwerben sucht. Aus dem gehaltenen Programm erwähnen wir zunächst die Kunst der von Herrn Kiehl angeführten Vierfüßler; Hunde, Katzen und Affen zeigen, daß sie an eingerichteter Beleuchtung gefesselt mit manchem Menschen weit-eifern können. Weiter zeichnen sich aus der japanische Wand-spieler Katsugoro, die tätowierte Signora Kadosi und vor allem Mademoiselle Paulette Koffen, deren Kunst lebhaftes Würdigung finden. Selbstverständlich werden auch die übrigen Schenwürdigkeiten des Panoptikum in dieser Zeit des Fremdenverkehrs lebhaft beachtet.

Feuerbericht. Gestern früh 1 Uhr wurde die Behr nach Hollmannstraße 9/10 gerufen, wo Bretter und Buglappen in Flammen standen. Durch schnelles Eingreifen konnte die Gefahr schnell beseitigt werden. Kurz nach 9 Uhr hatte Heimstraße 12 die Ballenlage unter der Rodmaschine Feuer gefangen. Das Haus wurde dadurch beträchtlich beschädigt.

Aus den Nachbarorten.

In Schöneberg soll demnächst eine Station der Rettungs-gesellschaft errichtet werden.

Vom Kampf gegen das Verfallungsrecht sozialdemokratischer Arbeiter. Von dem Wirt des Restaurants „Zur Grünen Tanne“, Herrn A. Loek in Freienwalde, erhielt einer unserer Parteibeamten gestern folgendes Schreiben: „Von meiner Behörde wurde mir in das Amtszimmer des Herrn Bürgermeisters eine Einladung zu Theil. Nichtsahnend und mir nichts bewußt ging ich hin. Zu meiner größten Verwunderung wurde mir dort eine von einer sozialdemokratischen Zeitung ohne Unterschrift herausgegebene Drucksache vorgelegt, in welcher mein Name und mein Lokal an der Spitze der Lokale stand, in welchem Sozialdemokraten ihre Festsitzungen abhalten sollen. Da dies aber ohne mein Wissen und ohne meine Zustimmung geschehen ist, so ersuche ich Sie hiermit, meinen Namen sofort aus der Liste zu streichen. Mir ist jeder Gast, mag er sein, was er will, lieb und angenehm, sofern er sich in den Grenzen des Anstandes bewegt; aber ich will meinen Namen nicht in solchen Blättern gedruckt wissen, zumal ich garnicht gefragt worden bin.“ Dieser interessante Brief bietet abermals ein klassisches Beispiel für die Manier, in der einzelne Behörden in der Umgegend Berlins der Arbeiterschaft gegenüber auf Saalaltreibern auszugehen. Anfangs zweifelte ich, ob wir den Brief, dessen Veröffentlichung den Wirt empfindlich schädigen kann, abdrucken sollten; aber die Erfahrung, daß die Belanntgabe derartiger behördlicher Anmaßungen in hohem Grade geeignet ist, für die Sozialdemokratie neue Anhänger zu werden, nöthigt uns, die Rücksicht auf den Brief-schreiber fallen zu lassen. Mag der Mann sich mit „seiner“ Behörde über das weitere auseinandersetzen.

Wie es gekommen ist, daß unsere Parteigenossen in Freienwalde den Gastwirt Loek auf die neueste Lokalfestung kennen, wissen wir nicht; vielleicht giebt die dortige Lokalkommission gelegentlich Auskunft über diesen für unsere Betrachtungen ja ziemlich neben-sächlichen Umstand.

Der Stadtverordnete Lehrer Otto in Charlottenburg theilt der „Neuen Zeit“ mit, es sei ihm nichts davon bekannt, daß, wie wir gestern mittheilten, ein Disziplinverfahren gegen ihn eingeleitet worden ist. Er sollte, wie gemeldet wurde, deswegen zur Rechenschaft gezogen werden, weil er zur Vertheidigung seiner Reichstags-Kandidatur

einem Uebau wegen wichtiger Privatangelegenheiten" erbeten hatte, da er auch erhalten hat.

Der Magistrat von Charlottenburg hat beschlossen, die Krankenversicherungspflicht auf die nicht angestellten, im Gemeindedienst beschäftigten Personen durch ortstatutarische Bestimmung gemäß § 2 des Krankenversicherungsgesetzes auszuweiten. Die Maßnahme betrifft namentlich die vorübergehend beschäftigten Bureau-Hilfsarbeiter des Magistrats und die Feuerwehrleute. Ausgeschlossen sollen die Kammerer-Arbeiter sein.

Der Schleppdampfer „Clara“, einer Spandauer Mhederei gehörend, der im vorigen Sommer bei Havelort Havarie erlitten und untergegangen, ist wieder gehoben und auf einer Hamburger Schiffwerft ausgebessert worden. In dieser Woche hat er seine Fahrten zwischen Hamburg und Berlin aufgenommen.

Durch einen Gerüchelschurz auf der Spandauer Pulverfabrik, in welchem am Mittwoch zwei Gefüßen des Fabrikmeisters Brumow, die mit Reparaturarbeiten beschäftigt waren. An dem einzigen Stangenstuhl löste sich eine Streife und die beiden Arbeiter stürzten aus einer Höhe von 6 Metern herab. Der eine erlitt einen doppelten Knöchelbruch, während der andere mit leichteren Kontusionen davonkam. Sie wurden zunächst beide in das Alte städtische Krankenhaus in der Havelstraße gebracht.

Verfassungen.

Die Maurer lokaler Richtung hielten am Donnerstag vier Versammlungen für Berlin und Umgegend ab, um ihren Kollegen die Notwendigkeit der Abstempelung der Streifen-Sammellisten klar zu machen. In Steders Saal, Andreasstraße, sprach sowohl Referent Jensch, wie mehrere Diskussionsredner die Ansicht aus, daß die Lohnkommission des Zentralverbandes in ihren Berichten den Anschein zu erwecken suche, als ob die Mehrheit der Berliner Maurer hinter ihnen stehe. Wenn die von zentraler Seite angegebenen Zahlen der zum Fonds der Zentralisten bestehenden Kollegen richtig wären, dann blieben nur etwa 1500 Maurer übrig, die hinter der Lohnkommission lokaler Richtung stehen. Um darzutun, daß diese Zahlen nicht zutreffen, will die letztgenannte Kommission die Karten einfordern und abstimmen. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung erachtet es als dringend notwendig, daß sämtliche Sammellisten vom Jahre 1898 der Lohnkommission vorgelegt werden, und zwar aus folgenden Gründen: Um festzustellen, wieviele Kollegen sich an unsere Sammlungen beteiligten; daß, wenn einem Kollegen die Karte abhanden kommt, aus den Blättern festgestellt werden kann, wieviel dieselbe in Ordnung war. Als Beweis, daß die Karten der Kommission vorgelegt haben, werden dieselben, wenn sie bis zum 2. Juli in Ordnung waren, mit einem Stempel versehen. Die Vau deputierten haben die Karten zu sammeln, der Kommission vorzulegen und wieder an die Kollegen zurückzubringen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der die Kollegen verpflichtet, dafür zu sorgen, daß, wenn die Lohnkommission eine Vau deputierten-Sitzung einberuft, jeder Bau, auch wenn nur wenige Anhänger der lokalen Richtung auf demselben arbeiten, vertreten ist. Hierauf brachte Richter den in der letzten Versammlung des Zentralverbandes gefassten Beschluß zur Sprache: Auf allen Bauten, wo die Bezahlung des Stundenlohnes von 60 Pf. verweigert wird, die Arbeit niederzulegen. Richter meint, dieser Beschluß sei nur dazu bestimmt, zu zeigen, was der Verband leisten könne. Aussicht auf Erfolg habe der Streik zur Zeit nicht. Ehe man den Streik beschließt, hätte man doch auch die Kollegen lokaler Richtung und die Richterorganisten um ihre Meinung fragen müssen, da diese doch auch in Mitleidenschaft gezogen werden. Wie es mit der Streikunterstützung der letzteren werden solle, darüber habe der Verband nichts beschlossen. Wegen der Kürze der Zeit habe die lokale Richtung zu dem Streikbeschluß noch nicht Stellung nehmen können. Richter rief seinen Kollegen, ebenso zu verfahren, wie bei den Baupersonen und überall, wo die Kollegen der zentralen Richtung wegen Nichtbewilligung des 60 Pf. Stundenlohnes die Arbeit niederlegen, sich ihnen anzuschließen und der Lohnkommission von der Arbeitsniederlegung sofort Mitteilung zu machen. Die am Sonntag stattfindende Fachvereins-Versammlung werde sich mit dieser Angelegenheit befassen. Man möge sie deshalb zahlreich besuchen.

Im Weddingpark, Müllerstraße, erklärte Fr. Kater in eingehender Weise die Beschlüsse der Vau deputierten-Sitzung und plädierte für die Durchführung derselben. Nach einer längeren Diskussion, in der sich alle Redner im Sinne des Referats äußerten und in der das Verhalten der zentralen Richtung vielfach heftig kritisiert wurde, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die am 7. Juli im Weddingpark tagende Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der Vau deputierten vom 1. Juli dieses Jahres einverstanden und erkennt im Gegensatz zu den Verbandkollegen, das Abstempeln der Sammellisten für zweckmäßig an. Ferner erklären die Anwesenden für die in unseren Versammlungen gefassten Beschlüsse, sowie für die Stärkung der lokalen Organisation eifrig einzutreten.“ Hierauf wurde bekannt gegeben, daß die Maurer auf dem Bau Hagenauerstr. 3 die Arbeit eingestellt haben und mitgeteilt, daß die Generalversammlung des Fachvereins am Sonntag in der Tonhalle stattfindet. Ferner wurde auf die neu ein-

gerichteten Zahlstellen der lokalen Richtung in Friedrichsberg und Wannsee hingewiesen und ersucht, für den Anschluß der in diesen Orten wohnenden Maurer zu wirken.

In Bernau's Lokal, Schwedterstraße, wurde die vorstehende Resolution nach einem Referat Meyle's einstimmig angenommen. Unter „Gewerkschaftliches“ stellte Meyle verschiedene angeblich unzulässige Vorwürfe, die ihm und der Lohnkommission seiner Richtung von zentraler Seite gemacht worden sind, richtig. Er bemerkte ferner, daß bis jetzt schon 1100 regelmäßige Zahler zum Fonds der Lohnkommission lokaler Richtung festgesetzt worden sind.

In Habel's Brauerei, Bergmannstraße, wurde die Resolution gleichfalls angenommen.

Der Arbeitervereins-Verein tagte am Dienstag, den 5. Juli, bei Buske, Grenadierstr. 33. Vor Eintritt in die Tagesordnung ersucht der Vorsitzende Simanowski die per Karte eingeladenen Arbeitervereins- und Vertrauensmänner sich in den Verein aufnehmen zu lassen, um sich durch Besprechung der sozialpolitischen Gelege mehr Kenntnis zu verschaffen. Als erster Punkt wurden die Kollegen Davidshäuser, Buchholz und Kühne zu Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung gewählt. Im zweiten Punkt referierte ein Schriftsteller über das in Frankreich im April d. J. in Kraft getretene Unfallversicherungs-Gesetz. Der Redner giebt einen Ueberblick über die wichtigsten Bestimmungen und zieht eine Parallele zwischen dem deutschen und dem französischen Gesetz und glaubt, daß letzteres verschiedene Bestimmungen enthalte, welche besser seien, trotzdem er zugeben müsse, daß die deutschen Arbeiter durch ihre Zwangsversicherung namentlich in den Krankenkassen besser daran seien, als jene, weil in Frankreich keine Zwangsversicherung besteht, sondern nur freie Hilfskassen. Bei dem französischen Unfallgesetz seien die Arbeitgeber verpflichtet, für die Renten der Verletzten aufzukommen, was dem früher bei uns bestehenden Haftpflichtgesetz ähnlich sei. Die Wittwen- und Waisenrenten sind den deutschen ziemlich ähnlich. Die Versammlung sollte dem Redner reichen Beifall für den interessanten Vortrag. — In der Diskussion bemerkte Herr Dr. Friedberg, daß für den ersten Augenblick es scheine, als ob das dortige Gesetz den Arbeitern einen größeren Vorteil biete, aber aus dem Vortrag und auch dem vorliegenden Gesetz habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß es im Gegenheil namentlich in späterer Zeit schlechter werde und liege der Hauptfehler darin, daß keine besondere Gerichtsbarkeit Schiedsgerichte u. s. w., wo die Arbeiter mitwirken können, existiren, sondern alles vor den ordentlichen Richter komme. Was dies für die Arbeiter bedeute, sei gut voranzuführen. Die Kollegen Dähne und Hofmann stimmten den Ausführungen des Dr. Friedberg in allen Punkten zu, indem sie dem Vortragenden unsere Zustände schilderten. Im Verschiedenem theilt der Vorsitzende mit, daß der Verein am Sonntag, den 10. d. M., den Besuch einer Heilanstalt unternimmt und fordert die Anwesenden auf, der Einladung recht zahlreich Folge zu leisten.

Arbeiter-Länderbund Berlin und der Umgegend. Vorsitzender: W. Neumann, Brunnenstr. 150. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Friedrich Rortum, Mantelstr. 10, u. 2 Tr. Sonnabend, abends 9-11 Uhr: Verhandlungen und Aufnahme neuer Mitglieder. — „Lantana“, Habel's Brauerei, alle 15. — „Sanges-Ges.", Scholz, Kommandantenstr. 6. — „Immergrün“, Fegel, Kottbuser, Spandauerstr. 13. — „Blut zur“, Vorh., Bankstr. 32d. — „Hand in Hand II“, Friedrichsberg, Deinet, Friedrichsbergstr. 11. — „Frisch auf I“, Friedrichsberg, Pange, Wartenbergstr. 69. — „Weiße Rose II“, Weihenau, Sorrer, Strohschulstr. 56. — „Eintracht“, Tellow, Dert, Schiedsrichterstr. 6. — „Sünderling“, Pundenwalde, Schulte, Reiterstr. 4. — „Einigkeit“, Pange, Heberstr. 42. — „Arbeiter-Verein“ (gem. Chor), Pundenwalde, Läder, Hülstr. 20.

Arbeiter-Kamerad Berlin und der Umgegend. Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Braunfänger, Dresdenstr. 80, 2. Hof. Sonnabend: „Angler I“, Kupper, Zimmerstr. 59. — „Diana II“, Romanow-Kreuzdorf, Simon, Friesenstraße. — „Blut auf“, Räderdorf-Kollberg, Wren, Deinetstr. 19. — „Rube“, Böny, Brandenburgerstr. 54. — „Poppel“, Dehne, Buchholzerstr. 5. — „Frisch gewagt“, Dähler, Remelstraße 61. — „Arbeiterfreunde“, Dietrich, Wartenstr. 23.

Arbeiter-Turnerbund. Sonnabend: Turn. „Häute“, Berlin, abds. 8-10 Uhr: 1. Männer, Abth. Friedenstr. 37. — 3. Männer Abth. Voelckstr. 21. — 2. Vorkinder, Abth. Stahlstr. 55-56. — 4. Bekräftigungs-Abth. Sieppstr. 3. — „Freie Turnerschaft Johannisthal“ abds. 9-10 Uhr: 1. Turnen. — Turnerschaft d. S. „Kreuz“, Beckstr. 8-10 Uhr abds. Reichensbergerstr. 131-132. — „Arb.-Turn.“ in Köpenick, Herrguth, Oppenstraße 8 1/2-10 1/2 Uhr abds.

Gesang, Turn- und geistliche Vereine. Sonnabend: Theater. „Bohemia“, Schulz, Veteranenstr. 18. — Theater. „Norman“ jeden letzten Sonnabend im Monat, Reichstr. 30a. — Vergnügungsges. „Belgoland II“, jeden Sonnabend nach dem 1. im Monat, Lehmann, Vödenstr. 9. — „Stallus“, Fortuna, Krayer, Güttenstr. 1. — „Rauschklub“, Dornröschen, Krayer, Fennstr. 3. — Theater. „Korbieren“, Schulz, Dunderstr. 99. — Theater. „Alpenrose“, Bahstr. 35-36. — „Vereinigung der Turnvereine“, 8 1/2-10 1/2 Uhr abds. Deunimstr. 56-57. — Turn. „Oken“, Turnhalle, Blumenstr. 33a, 8 1/2-10 Uhr abds. Männer: Abth. — „Hilberklub“, Grilla, Müller, Dehne und Dammersche Str. — Theater. „Othello I“, Roman, Rantelstr. 9. — „Stallus“, Hurrach, Schneider, Vödenstr. 23. — Theater. „Thalia“, Bowie, Köpenickerstr. 9. — „Geistlich“, Ralte, Ralte, Holzmarktstr. 72. — „Dumort“, S. „Einigkeit“, Werner, Güttenstr. 91.

Bildungsverein „Neur Licht“, Bibliotheksbüchse 9-10 Uhr abds. Gärtner, Hellenstr. 12. Dansk Forening Frejs, har Mødeaften hver Lördag Kl. 9. Neues Klubhaus, Kommandantenstr. 72. „Hilberklub“, Hülber, Hülberstr. 21.

Berein Vorwärts, Johannisthal (Trandvaal). Vereinslokal Progredierhalle, Corner of Marshall and Small Street.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, den 10. Juli, vormittags 9 Uhr, im großen Saal der Berliner Postoffice, Kommandantenstraße 57: Versammlung. Freiwilliche Vorlesung. Um 11 Uhr ebenfalls: Vortrag des Herrn Wilhelm Bölsche: „Der Zweifel als Fortschrittsprinzip“. Wahre willkommen.

Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Rixdorf-Brin. Sonntag, den 10. Juli: Familien-Ausflug nach der Rixdorfhalde. Treffpunkt vormittags 9 Uhr bei Stolzenburg, Canner Chaussee. — Die Versammlung für den Monat August fällt aus.

Tischler-Verein. Heute Abend 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15: Versammlung.

Christlich-schulischer Gewerbeverein Berlin und Umgegend. Heute Abend 9 1/2 Uhr, Schillingstr. 30: Vortrag. Nachfolgenden willkommen.

Theater-Gesellschaft „Dally“. Heute Abend 9 1/2 Uhr in Gottschalks Restaurant, Schönhauser-Allee 161: Sitzung.

Bildungsverein „Neur Licht“. Sonntag, den 10. d. M. Ausflug nach Grünau. Treffpunkt vorm. 10 Uhr, Bahnhof Wannowstr. 1 u. 2. Treffpunkt: Grünau, Restaurant W. Lindenberg, Friedrichstr. 1 u. 2. Mittwoch, den 13. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Generalversammlung bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75.

Vermischtes vom Tage.

— Direktor Max Samst vom Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater wandte sich an die Direktion eines Pariser Theaters, um das patriotische Spektakelstück „Fergus“ für sein Theater zu erwerben. Er erhielt folgende Antwort: „Unser patriotisches Drama „Fergus“ wurde zum größten Ruhme unserer Armee verfaßt. Es wäre Ihnen daher schwierig, es auf einer deutschen Bühne zu spielen, auf der die französischen Uniformen unserer Ansicht nach jedenfalls nicht am Plage wären.“

— Will nicht als Saufaus gelten. In den „Prignier Nachrichten“ lesen wir folgende Anzeige: „20 Karl Delobrunge Demjenigen, der mir Personen so nachweist, daß ich sie gerichtlich belangen kann, welche mir nachreden, daß ich alle Tage betrunken sei. Joh. Pet. Heine, Paarmann, Säckow.“

— In Wydowich bei Rawitz ist eine Händlerstelle niedergebrannt, wobei zwei Söhne des Besitzers in den Flammen umkamen.

— Donnerstag Nacht scheiterte bei Bjerrchuse die deutsche Brigg „Anna“, die von Papenburg nach Stockholm mit Kohlen unterwegs war. Von den sieben Mann der Besatzung ertranken drei.

— Die erste Erstigung des Orties in dieser Saison wurde von einem Wiener Ehepaar, das sich auf der Hochzeitsreise befindet, ausgeführt.

— Die Erdbeben in Dalmatien dauern noch immer fort. Die Bevölkerung ist in großer Aufregung und in schlimmer Nothlage.

— Der Postdampfer „Chernolia“ von der Hamburg-Amerika-Linie, der am 5. d. M. in New-York angekommen war, kollidierte daselbst mit der englischen Brigg „R. L. T.“ Letztere sank sofort. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

— Die erste australische Rabenzucker-Fabrik wurde in Raffra (Victoria) in Betrieb gesetzt.

— Nach der Statistik von zehn Jahren gestaltet sich die mittlere Lebensdauer in den Staaten Europa's folgendermaßen: In England 45 Jahre 8 Monate, in Belgien 44 Jahre 11 Monate, Schweiz 44 Jahre 4 Monate, Frankreich 43 Jahre 6 Monate, Oesterreich 39 Jahre 8 Monate, Preußen und Italien 39 Jahre. Das höchste Alter wird in Schweden-Norwegen durchschnittlich erreicht, nämlich 60 Jahre, die niedrigste Ziffer weist Spanien auf, nämlich 32 Jahre 4 Monate.

Briefkasten der Redaktion.

Die nächste juristische Sprechstunde findet nicht am Montag, sondern am Mittwoch statt.

N. G. 10. Ein derartiges Amt giebt es nicht. Wenn Sie bestimmt glauben, daß Sie betrogen sind, so zeigen Sie den Fall der Polizeibehörde an.

H. B. 65. Nach Verbot der Berliner Freien Presse“ erschien 1878 einen Tag lang die „Berliner Tagespost“ und ebenfalls 1878 einen Tag (1. Nov.) die „Berliner Nachrichten“. Diese, wie gezeigt, mit Erscheinen der ersten Nummer verbotenen Zeitungen waren die einzigen bis zur Gründung des „Vollblattes“ herausgegebenen Parteiblätter in Berlin.

Witterungsübersicht vom 8. Juli 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in °C
Berlin	768	SW	3	Schwülzig	14	Danzig	769	SW	3	Schwülzig	15
Hamburg	768	SW	3	Schwülzig	12	Petersburg	769	SW	3	Schwülzig	17
Berlin	768	SW	3	Schwülzig	13	Warsz	771	SW	3	Schwülzig	15
Wiesbaden	764	SW	3	Schwülzig	13	Berden	768	SW	3	Schwülzig	13
München	763	SW	3	Schwülzig	13	Paris	766	SW	3	Schwülzig	16
Wien	760	SW	3	Schwülzig	13						

Weiter-Prognose für Sonnabend, 9. Juli 1898. Nacht, zeitweise heiter, vielfach wolkig mit Regenschauern und frischen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Den werthen Mitgliedern der Freien Volksbühne zur Kenntnissnahme, daß sie gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte für Logen und Parterre zur morgenden Nachmittags-Vorstellung „Wilhelm Tell“ nur 50 Pf. zahlen. 43009 Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.

Freie Kranken- u. Begräbniskasse der Schuhmacher und Bergarbeiter Berlins. (E. d. Nr. 27.)

Montag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale des Hrn. Herzberg (früher Feuerstein), Alte Jakobstr. 75: Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Vierteljährlicher Kasseebericht. 2. Änderung des Statuts, §§ 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 13, 28. 3. Verschiedenes. 43016 Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. Centralverwaltung Berlin G. Die Zahlstelle Köpenicker Allee 27a ist verlegt und

Zorndorferstr. 16 bei Hülber. Besetzung: G. Scholz, Vorkämpfer 3. Kell. Hülber, D. Reichardt, Kochmann 1, u. IV. 184/12 Die Ortsverwaltung.

Für Landpartien und Sommerfeste empfehlen wir in großer Auswahl: Stadtlaternen, Lampen, Fächer, Papiermützen u. s. w., sowie Verlobungs-Gegensätze. Händler u. Vereine erhalten die billigsten Engrospreise. 65300

S. & G. Saulsohn, Berlin C., Kaiser Wilhelmstraße 19a.

Verband der Möbelpolierer. Montag, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Brunnenstraße Nr. 150: Versammlung Tages-Ordnung: 1. Die Aufgaben der Arbeitervereine. Referent Genosse Kiesel. 148/12 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 148/12 Heute Abend in sämtlichen Zahlstellen Ausgabe von Flugblättern und Billets à 25 Pf. zu dem am 19. Juli stattfindenden Sommerfest

im Schweizer Garten am Köpenicker. (Kinder sind frei.) — Die Generalversammlung findet am 18. Juli bei Stedert, Andreasstraße 21 (großer Saal) statt.

Soz. Agitationsverein Gr.-Lichterfelde. Am Sonntag, den 10. Juli, bei Pagel, Chausseestraße Nr. 101: IV. Stiftungs-Fest.

Vokal- und Instrumental-Konzert. Gesangsvorträge von drei Gesangsvereinen. Ausführungen des Turnvereins „Sichte“-Berlin. Komische Vorträge. Anfang 2 Uhr. Entree 20 Pf. Tanz 50 Pf. Der Festausschuß.

Altes Schützenhaus. Linienstrasse 5 und Jostystrasse 7. Wegen Umbau und Renovierung der Säle und Nebenräume bleibt das Alte Schützenhaus bis Anfang August geschlossen. Die Bekrämme werden von Kräften ersten Ranges, modernen Ansprüchen Rechnung tragend, aus elegantester Holzart hergestellt. Die Beschäftigung der Säle ist jederzeit gestattet und empfehlen wir dem geehrten Publikum unsere Festräume unter Zuführung des größten Entgegenkommens zu allen vorkommenden Festlichkeiten. Ein großes Vereinszimmer ist zu vergeben. Mit Hochachtung 43876 E. C. A. Kuhn.

„Vorwärts“, eine milde und sehr preiswerthe Zigarette, Sumatra mit Heller Bräun, à 400 Stk. franko, Probebestellung à 4 Mk. ab hier, beliebt bei Jedem, man empfiehlt gegen Raucherkr.

Bernhard Wunderlich.

Das beste und größte Brot ist zu haben bei Ludwig Osterhagen, Bäckereimstr. Bräuerstr. 41. 39906

Jede Uhr repariert und reinigt, folgt bei mir unter Garantie d. Gutgehens nur 1 Mark 50 Pf. außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Vincenez. Carl Lux, Uhrmacher, 35 Chaussee-Strasse 35. Bitte genau auf Nr. 35 zu achten.

Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontirbetten, Regulatoren, Pfeilsoffer, Opengläser, spottbillig, Handliche Reamderstr. 6. 40056

Hüte für Herren u. Knaben in allen Preislagen. M. Friedberg, Georgenkirchstr. 5, part. rechts. Kein Laden.

Fahrräder, in Fabrikat, unter Garantie zu fühl. Teilzahlung bei mäßig Anzahlung direkt in d. Fabrik Tiefenbacherstr. 33.

Schönheit zartes, reines Gesicht, blendend schöner Teint, rosiges jugendfrisches Aussehen, sammetweiche Haut, weisse Hände in kurzer Zeit durch „Crème-Benzoea“. Unübertroffen bei rother und spröder Haut, Sonnenbrand und Hautunreinigkeiten. Unter Garantie franco gegen Mk. 2.50, Briefmarken oder Nachn. nur durch H. Reichel, Spec., Berlin, Eisenbahnstrasse 4. 5420L

Betten, Steppdecken, Gardinen, spottbillig, Bettenhaus Reamderstr. 6.

Von der Reile zurück. 45245 Dr. Lillenthal, Arzt für Hautkrankheiten, Kommandantenstr. 33.

Wirthshaus zum Goldenen Stern, Adlershof, Bismarckstr. 16. Jeden Sonntag: Tanzfränzchen bei freiem Entree. 55382 Hr. Garten mit Sommerbühne. Angenehmer Familienaufenthalt. Tel. No. 30. Paul Schmauser.

Specialärztl. Institut Dr. B. Lasker 42 Alexanderstr. 42 (am Alexanderplatz). Spec. operationsloses Heil. Versuchen ohne Verursachung für Beinleiden. Erprobte Methoden bei Nerven, Lupus und anderen Hautleiden. Tägl. 9-12, 3-6. Freitag und Sonntag 9-12.

Dr. med. Schaper, prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Nerv-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8. Schöneberger Ufer 25.

Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnab. 10-7-8. Große Hamburgerstr. 20. 1.

Mühlentstraße 8, a. d. Oberbaumbrücke, 5 Min. von Station Warschauerstraße, sind v. 1. Ct. über frdl. Hofwohnungen, 1 u. 2 Etiken nebst allem Zubehör b. 72-94 Thaler zu vermieten. 54632 Näheres daselbst beim Verwalter.

So leicht eine saub. Schlafst. billig zu dm. Langestr. 10, Ref. v. Pt., Tylet.

Zweibrad von Fiedrich, Buchholzerstraße 17, Flng. Greichenhagenstraße.

Möbel Theilzahlung. J. Kellermann, Jacobstr. 26.

Arbeitsmarkt. 8 Korbmacher auf Grün verl. Rdpts. Lichtberg, Vödenberger-Chaussee 3.

Tüchtige Tischler für gute Bau- und Möbelfabrik sucht Gahow, Tellowstr. 53.

Mehrere tüchtige Maschinenbauer für Holz- und Horizontalgatter werden für dauernde, lohnende Arbeit sofort gesucht unter O. 4 an die Exp. d. Blattes. 108/10

Schlosser auf Geldschrank u. Tresorbau, gewandt u. geübt, finden dauernde Beschäftigung. 66/17

S. J. Arnheim, Radfahrer 40.

Karton-Verf. in und außer d. Gante auf Bäche verl. Schmeidler 79. 43885

Zwei Plätterinnen verl. Frau Huras, Valense, Hochrathstraße d. Friedrichsdorf. 43886

Farbmacher verlangt. Neu-Weissensee, Wustow Köpenickstr. 15.

Presser auf Silber und Ritt verlangt. 43975 H. Meyer u. Co., Sebastianstr. 20.

Stepper findet Beschäftigung in der Fabrik d. Hrn. v. 11-7.

